

ISSUE NO. 6 | JUNI 2020

JUNGSOZIALIST*IN

Verbandsmagazin Jusos Nord-Niedersachsen

Außen- und Sicherheitspolitik

Mit Gastbeiträgen von Larissa Freudenberger, Leon Billerbeck,
Ferike Thom und Nina Wüstemann!

FIGHT TODAY
FOR A BETTER
TOMORROW

Inhalt

5

Grußwort des Bezirksvorsitzenden
Moin, Moin

6

Gastbeitrag von Larissa Freudenberger (Jusos Bezirk Hannover)

Who run the world? Warum wir dringend eine feministische Außenpolitik brauchen

9

Gastbeitrag von Leon Billerbeck (Jusos Bezirk Hannover)

Die langen Linien der transatlantischen Beziehungen

17

Gastbeitrag von Ferike Thom (Jusos Berlin)

Unsere Solidarität kennt keine Grenzen! Für eine bessere Asylpolitik

23

Gastbeitrag von Nina Wustemann und Lasse Rebbin

Eine feministische Perspektive auf Covid-19

28

Informationen aus dem Bezirksvorstand von Laura Baumgarten

"Und was jetzt?" Bildungsarbeit in Zeiten von Corona

32

Artikel von Jonas Pagels

Westlessness

39 Meinungsartikel Jan-Felix Holling
Rechtsradikalismus. Die "Neue Rechte" und die Radikalität in staatlichen Institutionen

42 Erklärbar Nonie erklärt ...
Was ist eigentlich die "BDK"?

43 Podcast-Empfehlung
Sicherheitshalber

44 Rezeptvorschlag von Stephanie Havemann
Frühlingspasta

45 Termine

46 Impressum

ALLE ZWEI WOCHEN
EINE NEUE FOLGE BEI
DEINEM
STREAMINGDIENST!



Listen on
Apple Podcasts



Spotify



SOUNDCLOUD



Moin, Moin

Nachdem die Corona-Pandemie dazu führte, dass wir auch unsere Bezirksdelegierten-konferenz absagen mussten, stellte sich für uns die Frage, wie wir politische Bildungsarbeit auch ohne Präsenzseminare gestalten können. Die Antwort darauf findet ihr in dem Artikel von Laura über unsere momentane Arbeit in Zeiten von Corona. Aber nun zum inhaltlichen Schwerpunkt dieses Verbands-magazins. Wir diskutieren in dieser Ausgabe verschiedene Aspekte von internationaler Politik. Dafür hat uns Larissa Freudenberger einen Überblicksartikel über feministische Außenpolitik geschrieben. Leon Billerbeck, verdeutlicht uns in seinem Artikel die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen. Ferike Thom von den Jusos Berlin macht in ihrem Artikel die Notwendigkeit einer solidarischen und humanen Geflüchtetenpolitik deutlich.

Außerdem durfte ich mit Nina Wüstemann aufschreiben warum wir eine Gender-Perspektive auf die Corona-Pandemie brauchen. Jonas hat vergangenes Jahr die Münchener Sicherheitskonferenz besucht und teilt seine Eindrücke mit uns in seinem Erfahrungsbericht. Über Rechtsradikalismus in staatlichen Institutionen hat Jan-Felix einen Artikel geschrieben. Weiterhin darf natürlich eine Podcastempfehlung in dieser Ausgabe nicht fehlen. Und das erste Mal teilt Stefanie Havemann mit uns ihr Lieblingsrezept, mit dem sie bereits einen Wettbewerb gewonnen hat.

Wir wünschen allen Leser*innen viel Spaß bei der Lektüre!

Mit jungsozialistischen Grüßen
Lasse



Who run the world?

Warum wir dringend eine feministische Außenpolitik brauchen

von Larissa Freudenberger

Über die Autorin

Larissa Freudenberger (*1995) ist die Unterbezirksvorsitzende der Jusos Göttingen und auch schon eine Weile im Juso Bezirksvorstand Hannover aktiv. Seit 9 Jahren engagiert sie sich bei den Jusos, vor allem in den Bereichen Internationalismus, Antifaschismus und Feminismus. Wenn sie mal nicht ihre Zeit mit Juso Sachen verbringt, studiert sie Globale Politik im Master in Göttingen und liest leidenschaftlich.



Who run the world?" singt Beyoncé in ihrem gleichnamigen Welthit. Die Antwort auf diese Frage ist in der Außenpolitik leider eine andere als im Song.

Außenpolitik ist ein stark Männer dominiertes Politikfeld. In Deutschland sind beispielsweise nur 13% der Botschafter*innen weiblich, eine Außenministerin hatte das Land noch nie. Und auch europa-, und weltweit sieht es nicht viel besser aus.

Doch nicht nur, dass der Frauen*anteil in wichtigen Entscheidungspositionen erschreckend niedrig ist. Auch die Konsequenzen, die Außenpolitik hat, wirkt sich vor allem negativ auf Frauen* aus. Deshalb bedarf es endlich einer feministischen und damit humanitären Außenpolitik.

Bereits 2000 hat der UN- Sicherheitsrat die Resolution 1325 verabschiedet. Diese ruft Konfliktparteien dazu auf, die Rechte von Frauen* zu schützen und diese gleichberechtigt in Friedensverhandlungen, Konfliktschlichtungen und den Wiederaufbau mit einzubeziehen. Doch Wirkung hat die Resolution noch nicht gezeigt. Zwischen 1992 und 2016 waren nur 13% aller Verhandlungspartner*innen in Konfliktsituationen weiblich (UN Women 2016). Und auch andere internationale Regelwerke, die die Rolle von Frauen* in diesem Bereich stärken will, wie die Agenda 2030, zeigen noch keine Erfolge.

Die Überlegungen für eine feministische Außenpolitik sind also bereits getan, die konsequente Umsetzung fehlt aber noch.

Dabei beschreibt feministische Außenpolitik "nur" einen umfassenden Ansatz, der das Individuum unabhängig von dessen sexueller Orientierung, Herkunft und Hautfarbe im Zentrum des Handelns sieht. Somit soll

>> Eigentlich müsste es selbstverständlich sein, dass Außenpolitik diese Aspekte berücksichtigt, aber noch immer sieht die Realität anders aus.<<

eine ganzheitliche Gleichberechtigung immer als Maxime gelten.

In der Konsequenz bedeutet dies, dass die Situation von Frauen* und anderen marginalisierten Gruppen immer mitgedacht werden muss und die Folgen bestimmter außenpolitischer Handlungen besonders für diese Menschen beachtet werden.

Eigentlich müsste es selbstverständlich sein, dass Außenpolitik diese Aspekte berücksichtigt, aber noch immer sieht die Realität anders aus. Deshalb ist es essentiell, dass feministische Außenpolitik endlich umgesetzt und nicht als Utopie abgetan wird.

Die geschriebenen Aktionspläne der UN, aber auch der Bundesrepublik müssen endlich umgesetzt und konsequent verfolgt werden. Dieses Jahr wird im UN- Sicherheitsrat, in dem Deutschland momentan als nichtständiges Mitglied sitzt, über einen dritten Aktionsplan zur Umsetzung der Resolution 1325 abgestimmt. Eine gute Möglichkeit für die Bundesrepublik, ein Zeichen zu setzen und den Aktionsplan zu verfolgen.

Und nicht nur auf internationaler Ebene kann Deutschland 2020 ein Zeichen für feministische Außenpolitik setzen und diese endlich umsetzen, auch auf EU Ebene wäre dies möglich. In der zweiten Jahreshälfte übernimmt die Bundesrepublik die Ratspräsidentschaft im Rat der EU. Eine gute Möglichkeit, das Thema dort auf die Agenda zu setzen und ein Umdenken und Handeln anzustoßen.

Es ist also noch viel zu tun, was feministische Außenpolitik angeht. Es bedarf einer konsequenten und ressortübergreifenden Umsetzung der Aktionspläne, einer anderen Einstellungspolitik des Auswärtigen Amtes, die die Botschafter*innenposten paritätisch besetzt und ein Umdenken in vielen Politikbereichen.

Waffenlieferungen, Friedenspolitik und Wirtschaftspolitik sind nur drei Aspekte, die in Zukunft in (außenpolitischen) Kontexten anders und diverser gedacht werden müssen.

Mit einer feministischen Außenpolitik könnten viele Probleme international gelöst werden. Es gäbe eine humanere Politik, bei der die Menschen und ihre Rechte im Fokus stehen. Im Idealfall könnten strukturelle Ungleichheiten beseitigt und Strukturen sowie kulturelle Normen, die unterdrücken und ausschließen, überwunden werden.

Wir Jusos müssen uns deshalb aktiv für diese feministische, humane und progressive Außenpolitik einsetzen. Wir müssen anstoßen, dass die Antwort auf die Frage "Who run the world?" auch in der Außenpolitik eine andere wird, als sie bisher ist.

Also,
verändern
wir die
Welt, sie
braucht
es.

A stylized, high-contrast illustration of the Statue of Liberty in white and black. The statue is shown from the waist up, holding a torch aloft in her right hand and a tablet in her left. The torch has a flame. The tablet has the word 'JULY' and the Roman numeral 'IV' inscribed on it. The statue's crown has seven spikes. The background is a solid dark blue.

Die langen Linien der trans- atlantischen Beziehungen

von Leon Billerbeck

über den Autor

>> Mein Name ist Leon Billerbeck, ich bin 23 Jahre alt und studiere Politikwissenschaft (M.A.) an der Leibniz Universität Hannover. Neben meinem Engagement bei den Jusos bin ich außerdem bei der Initiative Junger Transatlantiker*innen e.V. aktiv. Thematisch beschäftigen mich populistische Bewegungen und die Politik der USA, in denen ich bereits zwei mal für längere Zeit leben durfte. <<



Die Vereinigten Staaten von Amerika sind seit jeher und bis zum heutigen Tage ein Sehnsuchtsort für vielerlei Menschen aus aller Welt. Entstanden als Goldgrube und angesegelt sowohl von spanischen Konquistador*innen, die sich im südlichen Teil der heutigen USA niederließen, als auch von Engländer*innen, Französ*innen und Niederländer*innen, die den Weg in die neue Welt mit der Hoffnung der großen Entlohnung verbanden. Der Traum vom Goldfund erübrigte sich schnell. Der Mythos blieb bestehen, und die Geschichte wurde bis zum heutigen Tage fortgeschrieben. So sind es heute nicht nur wenige europäische Siedler*innen, die sich auf den Weg in den Westen begeben, sondern (wie früher schon) Menschen zumeist aus asiatischen sowie mittel- und südamerikanischen Ländern auf der Suche nach einem besseren Leben – auf der Suche nach ihrer persönlichen Goldgrube.

Sicherlich wird das Bild der aktuellen Situation in den USA verzerrt durch Geschehnisse, die weltweit für Aufsehen gesorgt haben. Wir denken an Ferguson, an die Polizeigewalt gegen Menschen dunkler Hautfarbe, überproportional gegen Afro-Amerikaner*innen und Latinos*as. Wir denken an den Zusammenbruch der Börse im Jahr 2008 und die verheerenden Folgen für die USA und ihre Bevölkerungen, welche eine bundesweite Rate von fast 2,5%

Zwangsvollstreckungen hinnehmen musste und unter einem Anstieg der Arbeitslosigkeit von 4,2% auf knapp 10% litt. Wir denken an die daraus entstandenen psychischen und materiellen Folgen, welche hauptsächlich an der einfachen Bevölkerung hängen bleiben. Wir denken an Familien, die ihr Leben lang sparen müssen, um ihre Kinder aufs College schicken zu können und dennoch hoch verschuldet sterben. Wir denken an ein kaputtes Gesundheitssystem, welches einer dringenden Reformbedarf, aber durch parteipolitische Interessen gelähmt scheint. Aber allen voran denken wir an den aktuellen Präsidenten der Vereinigten Staaten, an Donald J. Trump und seinen stümperhaften und rücksichtslosen Politikstil. Doch das weitgehend negative Bild der Vereinigten Staaten war nicht immer düster.

Schaut man sich Berichterstattung und Geschichtsschreibung genauer an, dann fällt schnell auf, dass die USA neben Popkultur und Süßgetränken insbesondere politische Geschichte geschrieben und dabei die gesamte westliche Welt miteinbezogen und beeinflusst haben. Von der Demokratie des heutigen Jahrhunderts begonnen über den Begriff der „Einwanderungsgesellschaft“ bis hin zu den Menschenrechten handelt es sich allesamt um Ideen, die vielleicht nur bedingt innerhalb der politischen Ideengeschichte, in der politischen Praxis jedoch stets den USA entstammten.

Die Säulen einer Welt – macht

Wie in den einführenden Worten bereits geschildert ist der nordamerikanische Kontinent zum Ende des 16. und Beginn des 17. Jahrhunderts ein beliebtes Ziel der europäischen Seefahrer*innennationen gewesen. Nachdem zuerst spanische Kolonisator*innen, später dann englische, französische und holländische an der heutigen Ostküste landeten, gründeten sich nach und nach Siedlungen, die der Suche nach Rohstoffen für die alte Welt in Europa dienten. Neben den zahlreichen in England als „faul“ verschrienen Tagelöhnern und Vagabunden, die ihre Strafen durch Arbeit in der „neuen Welt“ begleichen sollten, zog es insbesondere politisch und religiös marginalisierte Gruppen über den Atlantik. Hierbei zu nennen sind zwei Gruppierungen der sogenannten Puritans und Quakers.

Beide Religionsgemeinschaften waren in den europäischen Ländern marginalisiert und zum Teil verfolgt und getötet worden. Die puritanische Glaubensgemeinschaft entstammt einer Gegenbewegung zur katholischen, aber auch der in England damals gegründeten anglikanischen Kirche, und lehnte die Auslegung von Glauben als Prunk in jeglichem Maße ab. Das Leben puritanischer Siedler*innen war bereits in Europa, wo sie ein Exil in den Niederlanden gefunden hatten, bestimmt durch Einfachheit und den Glauben, dass ein Leben im Diesseits bereits von Gott vorbestimmt sei und demnach nichts aus Zufall geschehe. Die Quaker-Gemeinschaft hingegen war für damalige Verhältnisse vergleichsweise tolerant und lehnte Krieg und Auseinandersetzung grundlegend Form ab. Zu ihren Bräuchen zählten unter anderem die ebenfalls strenge Auslegung der Bibel als Lesart

des aktuellen Lebens und die Verpflichtung von spirituellen Bibelerfahrungen, in denen Gott in die Mitglieder der Gemeinde zu fahren schien, was zu skurrilen Erzählungen für die Nachwelt führte. Ihre Friedlichkeit sorgte nicht dafür, dass sie in ihrer alten Heimat England unbekümmert leben konnten, sondern bedeutete ebenfalls Verfolgung und die daraus resultierende Flucht in die neue Welt.

Diese beiden Bewegungen oder „Sekten“, wie wir sie heutzutage bezeichnen würden, sind für die amerikanische Entstehungsgeschichte und die damit verbundenen politischen Phänomenen, die auf der heutigen Politbühne der USA von Bedeutung sind, sinnstiftend gewesen. Betrachtet man die Niederlassung der beiden Religionsgemeinschaften, so zeigen sich erste Zusammenhänge. Beide Gruppierungen waren auf der Suche nach der Freiheit ihren Glauben ausleben zu können und damit auf der Flucht vor dem als tyrannisch verschrienen Staat in England. Die Quäker-Bewegung fand ein neues Epizentrum im heutigen Bundesstaat Pennsylvania mit ihrer auserkorenen Hauptstadt in Philadelphia. Dagegen landeten die puritanischen Siedler*innen mit der allseits bekannten Mayflower im sogenannten Neuengland, welches rund um das Cape Cod und das heute noch bestehende Boston zu einem Puritanerstaat wurde. Aus dem Verhalten der Kongregationen und ihrer Ideologie lassen sich drei Grundsätze ableiten, die auch heute noch von enormer Bedeutung sind. Neben dem (1) Rudeldenken der jeweiligen Gruppierungen, die sich in unterschiedlichen Staaten ansiedelten und versuchten mit den andersdenkenden Siedler*innen aus Selbstschutzgründen den

>>Die Quaker-Gemeinschaft hingegen war für damalige Verhältnisse vergleichsweise tolerant und lehnte Krieg und Auseinandersetzung grundlegend Form ab.<<

Kontakt zu meiden, sind (2) die Skepsis gegenüber einer staatlichen Autorität und die damit stete Betonung der Freiheit bis heute in der politischen DNA der Vereinigten Staaten verankert, und der (3) ideologische Versatz des Ultraprotestantismus mit einer Betonung der Arbeitsethik als Grundlage für den Empfang Gottes und die Frömmigkeit des Einzelnen bezeichnete bereits Max Weber als „Geist“ des Kapitalismus“[1].

Im Laufe der kommenden Jahre und Jahrhunderte sorgte der erstgenannte Punkt für die Entstehung eines besonderen Nationalbewusstseins und des Inbegriffs der Vereinigten Staaten als neues Bollwerk gegenüber der Unterdrückung von Minderheiten. Wie eng dies gefasst war, ließ sich allerdings unmittelbar erahnen, war (Parteien-)Demokratie doch niemals das Ziel der Gründerväter der USA, und die Freiheit erstreckte sich auch lediglich auf weiße Siedler*innen.

Die zweite wichtige historische Entwicklung der Vereinigten Staaten spielte sich aufgrund der klimatischen Bedingungen ab. Weiter oben wurde bereits hergeleitet, aus welchem Grund sich die frühen Siedler*innen der Autorität staatlicher Kontrolle entziehen wollten und dieser von Grund auf misstrauten. Ein weiterer Faktor für eine Reise in die neue Welt war für zahlreiche das schier unerschöpfliche Land. So wurden Neuankömmlingen in manchen Bundesstaaten wie dem später gegründeten Georgia bereits bei Anreise 100 Hektar Land und ein kleines Haus zugestanden[2]. All dies sorgte dafür, dass der Andrang aus Europa wuchs – was der sich im Süden des Landes aufgrund von guten klimatischen Bedingungen befindlichen, sehr arbeitsintensiven Landwirtschaft zugute kam.

Die Entdeckung von Goldgruben und der Fund von wertvollen Metallen blieb zwar aus, was jedoch im Gegensatz zur alten Heimat Europa produziert werden konnte, waren die aufwendig und intensiv zu erwirtschaftenden Rohstoffe Baumwolle und Tabak. In den Südstaaten, in denen mehrfach im Jahr geerntet werden konnte, etablierte sich demnach eine monokulturelle Struktur von landwirtschaftlicher Arbeit, die zu überwiegenden Teilen auf diesen beiden Pflanzen beruhte. Zu Beginn wurden vermehrt englische Vagabund*innen und Landstreicher*innen für die Ernte ausgebeutet, die quasi kostenlos (zur Begleichung von in England begangenen Strafen) via Kautions als Bezahlung die Ernte vollzogen. Später etablierte sich der transatlantische Sklavenhandel, welcher von England massiv unterstützt wurde, da sich mit der damals als „Ware“ geltenden Arbeitskraft von versklavten Afrikaner*innen eine Menge Geld verdienen ließ.

Aufgrund dieser Entwicklungen war es den Siedler*innen in den Tabak und Baumwollgebieten im Süden des Landes vorbehalten, Personen ohne direkte Bezahlung für sich arbeiten zu lassen und die Früchte hierfür komplett zu ernten, wohingegen der Norden zum einen nicht in dem Maße von der Landwirtschaft abhängig war, sich zum anderen allerdings auch nicht an den massiven Profiten

>> All dies sorgte dafür, dass der Andrang aus Europa wuchs – was der sich im Süden des Landes aufgrund von guten klimatischen Bedingungen befindlichen, sehr arbeitsintensiven Landwirtschaft zugute kam. <<



erfreuen konnte. Im Süden entwickelte sich folglich eine Art Landaristokratie, welche Familien über Jahrzehnte das Eigentum an großen Häusern, Höfen, riesigen Feldern und auch menschlichen Sklaven sicherte. Hierin findet sich ein entscheidender Grund, weshalb der Süden der USA sich lange Zeit nicht im selben Maße wie der Norden des Landes industrialisierte und nach wie vor Rassismus, aber auch das Wahlverhalten in den USA stark an der regionalen Komponente Norden/Süden abgelesen werden kann.

Die innenpolitischen Geschehnisse lassen bereits darauf schließen, dass sich die USA als Staat unter dem Motto *e pluribus unum* stets in Konstitution und inneren Konflikten befand, welche sich bis heute widerspiegeln – beispielsweise in den oben erwähnten Schlagzeilen. Im kommenden Schritt soll die darauf aufbauende Außenpolitik beschrieben und nachgezeichnet werden.

Die Außen- politik der Vereinigten Staaten

Verschrien ist die USA als eine Art „Weltpolizei“, insbesondere in sich selbst als links beziehungsweise antiimperialistisch verstehenden Gruppierungen findet der Hass gegenüber den Vereinigten Staaten sowie ihrer aktuellen Außenpolitik eine stete Ausprägung und wird auch durch die Medien und antiamerikanische Stereotypen in der Mitte der Gesellschaft rezipiert wie reproduziert. Zum einen wird der vermeintliche Interventionismus der USA breit besprochen, auf der anderen Seite war jedoch die Enttäuschung groß, als der

>> Dies verband er unter anderem mit der selbst erstellten Agenda der 14 Thesen, welche sich einer friedlichen Welt der demokratischen und selbstbestimmten Länder verpflichtet sah und die Grundlage für den nach dem Krieg entstandenen Völkerbund legte. <<

neue Präsident der USA einen Rückzug amerikanischer Truppen aus zum Beispiel Syrien ankündigte. Doch der Trump'sche Isolationismus und die damit einhergehende Abkehr vom amerikanischen Exzeptionalismus ist keineswegs eine Neuheit.

Der Beginn der US-Außenpolitik findet sich begründet im fünften Präsidenten, James Monroe. Die nach ihm benannte Doktrin (Monroe-Doktrin[3]) besagte neben der Teilung der Welt in unterschiedliche Einflusssphären (Americas und Europa), dass sich die Vereinigten Staaten aus den imperialistischen Bestrebungen und den Kriegen der alten Welt heraushalten wolle. Die Tradition, die Monroe mit seiner Doktrin setzte, sollte mehr als 100 Jahre halten.

Zum ersten Mal bröckelte der außenpolitische Grundsatz, als sich der damalige Präsident Woodrow Wilson dazu genötigt sah, aufgrund akuter Beweise der deutschen Absicht mit Mexiko gegen die Vereinigten Staaten im ersten Weltkrieg vorzugehen, in ebendiesen einzugreifen und an den Kampfhandlungen auf dem Festland Europas teilzunehmen. Dies verband er unter anderem mit der selbst erstellten Agenda der 14 Thesen, welche sich einer friedlichen Welt der demokratischen und selbstbestimmten Länder verpflichtet sah und die Grundlage für den nach dem Krieg entstandenen Völkerbund legte. Dieser zerfiel schnell, angesichts der sich rasch entwickelnden Nationalismen in Europa und Asien sowie dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs.

Vollends Abstand genommen wurde vom Nachfolger Wilsons, der ebenfalls der demokratischen Partei entstammte und als Vater der amerikanischen Sozialversicherung in die Geschichtsbücher einging. Franklin Delano Roosevelt intervenierte im Jahre 1941 nach dem externen Schock durch einen Angriff auf Pearl Harbour, einem Marinestützpunkt auf Hawaii. Im Vorhinein bestand bereits die Absprache, die als Atlantic Charta bekannt wurde und sich mit einem Postkriegsentwurf für Europa beschäftigte. Federführend waren hierbei der britische Premierminister Winston Churchill und besagter Roosevelt. Was sich bereits im frühen 14-Punkte-Plan Wilsons als auch in der Atlantic Charta widerspiegelte, war der Wille der Einflussnahme und der Aufbau einer vermittelnden Instanz zwischen unterschiedlichen Ländern mit dem Ziel, Krieg und Gräueltaten, wie sie zweimal von deutschem Boden ausgegangen waren, in Zukunft bereits im Keim zu ersticken. So war es kein Zufall, dass im Nachgang des Sieges der alliierten Mächte im Zweiten Weltkrieg eine Neuauflage des Völkerbundes mit der Organisation der United Nations entstehen sollte, die sich auf dem Fundament der *Atlantic Charta* schnell zu allgemeinen Menschenrechten und Demokratie sowie der Selbstbestimmung der Nationen bekannte.

Was folgte, ist allen bekannt. Die bipolare Welt des kalten Krieges brachte viel Angst und Schrecken mit sich, sorgte allerdings auch dafür, dass sich die Vereinigten Staaten als Weltmacht in Systemkonferenz mit der damaligen UdSSR behaupten mussten und in multilateraler Allianz unter anderem die NATO ins Leben riefen – eine Organisation, von der wir noch heute profitieren. Nach Ende der systemischen Auseinandersetzung prophezeiten amerikanische Konservative bereits das Ende der Geschichte und die unaufhaltsame Verbreitung des Dualismus zwischen liberalem

Kapitalismus und demokratischer Entwicklung als Dogma[4].

Die Positionsfindung innerhalb der außenpolitischen Elite und der damit verbundene selbst deklarierte Auftrag zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten weltweit zog sich bis in die Administration von Barack Obama und wurde durch ihn in eine neue Richtung gelenkt. Außenpolitischer Change wie im Wahlkampf versprochen folgte von Bush auf Obama und damit einhergehend die Fokussierung auf neue Beziehungen und multilaterale Herangehensweisen. Nicht umsonst stammen mit dem Pariser Klimaabkommen und dem Iran-Deal (was auch immer man von diesen Abkommen halten mag) seltene Einheitsbekundungen tiefer Rival*innen aus aller Welt. China, Indien, der Iran und Russland sind allesamt vertragliche Übereinkünfte mit den Vereinigten Staaten unter POTUS (= President of the United States of America) 44 eingegangen, was vom internationalen Einfluss der Administration zeugt, auch wenn die Konservativen und Reaktionären innerhalb der USA (allen voran Donald Trump) stets versuchen, Obama als schwachen Präsidenten zu stilisieren[5].

» Im Vorhinein bestand bereits die Absprache, die als Atlantic Charta bekannt wurde und sich mit einem Postkriegsentwurf für Europa beschäftigte. «

Auch wenn Barack Obama stets versuchte neue strategische Partner*innenschaften mit Ländern wie beispielsweise China und Indien aufzubauen, besuchte er keinen Teil der Welt so oft wie Europa. Die Wahrnehmung der EU als einzig stabilen Partner zeugt vom Interesse an und von der Bedeutung der transatlantischen Gemeinde für stabile außenpolitische Beziehungen. Mit dem Wechsel in der Pennsylvania Avenue schloss sich auch scheinbar die Ära des Multilateralismus und der transatlantischen Partner*innenschaft – zumindest rhetorisch.

Die transatlantischen Beziehungen

Wie sich in den oberen Paragraphen bereits herausfinden ließ, beruht die transatlantische Partnerschaft und die Beziehungen zwischen den Staaten der angloamerikanischen Welt und Europa auf historischen Säulen und lässt sich am Kampf für Gleichheit, Freiheit und Emanzipation nachvollziehen. Die USA sind nominal noch immer das Land mit dem größten Anteil an der Weltwirtschaft und für Deutschland und Europa einer der wichtigsten Partner*innen. Nicht umsonst beschreibt das Auswärtige Amt die Beziehungen zwischen Deutschland und Nordamerika als „der wichtigste Pfeiler“^[6] neben der europäischen Integration und die USA und Kanada als die engsten Verbündeten außerhalb Europas.

Neben der historischen Verbindung, die ein großes europäisches Erbe in den Vereinigten Staaten und damit die kulturelle Schmelde von Einheit in Vielfalt der USA mitbegründet haben, verdankt Europa durch die weitsichtige, geopolitische Einschätzung der Alliierten, allen voran der USA, den Sieg über den Nationalsozialismus und final den Frieden auf dem europäischen Kontinent. Während sich

nach dem ersten Weltkrieg erneut Rachegefühle in Kontinentaleuropa und damit verbundene Rivalitäten durchsetzen konnten, war es nach dem Zweiten Weltkrieg der von den amerikanischen Besatzer*innen durchgesetzte Marshall-Plan, welcher im Stile des New Deals für den Wiederaufbau der kriegsgescholtenen Europäer*innen sorgte und final zur Stabilität der Demokratie in West- und später ganz Europa beitrug. Der Fortschritt, der in den USA auch durch den kalten Krieg und den systemischen Wettbewerb entstand, wurde durch die folgende Westbindung der Bundesrepublik auch ein Teil europäischer Identität. Nicht zuletzt steht die NATO als Schutzpatron für die europäische Union an der Seite der europäischen Staaten und sorgt trotz Nichterfüllung des vereinbarten 2%-Ziels für Sicherheit an der europäischen Ostgrenze – übrigens eine Kritik an der Politik und Vertragstreue zahlreicher EU-Staaten, die auch unter Obama schon mehrfach vorgetragen worden ist.

Was wir mit den USA und der transatlantischen Politik verbinden sollten, ist allerdings insbesondere Freiheit, Frieden und Demokratie, die durch die Alliierten in Europa verankert worden sind und für die gemeinsam mit den USA als transatlantische, werteorientierte Allianz schon seit geraumer Zeit eingestanden wird. In Zeiten, die nach diversen Umfragen immer unfreier werden, durchaus ein Verhalten, an dem es festzuhalten lohnt.

Ausblick und anstehende Wahlen

Doch was kommt nach November? Viele europäische Kommentator*innen schreiben sich eine Welt zurecht, in welcher die vierjährige Präsidentschaft von Donald Trump schlichtweg rückgängig gemacht werden kann. Claus Leggewie beschreibt die Situation wie folgt:

„Zurück auf Anfang? Selbst wenn Trump keine zweite Amtszeit bekommt, hat seine erste, zusammen mit globalen Trends seit der Jahrtausendwende, die Welt so radikal verändert, dass ein schlichter Rückbau seiner Fehlentscheidungen und ein Bekenntnis zu westlichen Werten zu wenig ist. Es gibt keinen Status quo ante Trump, radikal neue geopolitische Konstellationen sind entstanden.“[7]

Wir leben in einer Welt, in der sich die Freiheit weltweit seit 13 aufeinanderfolgenden Jahren verschlechtert, wie das Forschungsinstitut freedomhouse.org in seinem jährlichen Länderbericht beschreibt[8]. Wir leben in einer Welt, in der sich Multilateralismus auf dem Rückzug befindet und Diktaturen über Demokratien zu siegen scheinen – in einer Welt, in der die These des Endes der Geschichte nicht zuzutreffen scheint. Wir leben außerdem in einer Welt, in der ein machtvoller Systemkonkurrent entsteht (die VR China), die in Teilen drauf und dran ist den westlichen Mächten im Themenbereich Zukunftstechnik durch ihre unterdrückenden Mechanismen zuvorzukommen.

All dies sind Themen und Herausforderungen, die auch durch die Präsidentschaft von Trump entstanden beziehungsweise begünstigt worden sind. Was es heute braucht, ist eine Neuauflage der transatlantischen Beziehungen, massive Investitionen und Kooperation zwischen den westlichen Mächten. Die Münchner Sicherheitskonferenz hatte in ihrer diesjährigen

Ausgabe das Hauptthema Westlessness[9]. Hierbei wurde sich schwerpunktmäßig mit Initiativen beschäftigt, wie der Westen als Wertekonstrukt auch außenpolitisch der bereits gezeichneten Abwärtsspirale entkommen könne. Sicherlich gibt es keine einfache Lösung – wie bei großen Problemen üblich. Doch die Herausforderungen, die vor uns stehen, sind so enorm, dass es nun gilt, die Beziehungen über den Atlantik wiederzubeleben. Es geht nur mit gegenseitigem Interesse, mit einer Abkehr von den bisherigen Fixierungen auf realistische Außenpolitik und unter neuen Ansätzen. All dies ist auch unsere Aufgabe – behalten wir im Hinterkopf, dass ein einseitiges Vorantreiben der USA durch die fehlenden historischen Gegebenheiten und die aktuellen (innen-)politischen Herausforderungen weder wünschenswert noch möglich wäre.

Martin Klingst und Jörg Lau haben in der Zeit Folgendes über transatlantische Organisationen geschrieben: „Mit den Transatlantikern ist es wie mit dem feinen britischen Establishment; in ihre Kreise und Lehreinrichtungen dringen kaum Kinder aus unteren Schichten vor.“[10] – und damit ist der Auftrag für kommende Generationen bereits formuliert.

>> Quellen

- [1] Weber, Max. Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. Jazzybee Verlag, 2012.
- [2] Isenberg, Nancy. White trash: The 400-year untold history of class in America. Penguin, 2017.
- [3] Office of the Historian. Monroe Doctrine, 1823. State Department, 2018.
- [4] Fukuyama, Francis. "The end of history?" The national interest 16 (1989): 3-18.
- [5] Von Marschall, Christoph. "Obamas Außenpolitik." IP – Zeitschrift für internationale Politik 69. September/Oktober (2014): 68-73.
- [6] Webredaktion des Auswärtigen Amtes. „Die Transatlantischen Beziehungen.“ Auswärtiges Amt. Web. 04. Mai 2020. <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/regionaleschwerpunkte/usa/transatlantischebeziehung-allg-node>
- [7] Leggewie, Claus. „America First“ mit Links Trumps demokratische Herausforderer bieten zu seiner Außenpolitik keine Alternative. So wie früher wird's nicht mehr.“ IPG – Internationale Politik und Gesellschaft. Web. 04. Mai 2020. <https://www.ipg-journal.de/regionen/nordamerika/artikel/detail/america-first-mit-links-4045/>
- [8] freedomhouse.org. „Freedom in the World 2019.“ freedomhouse.org. Web. 04. Mai 2020. https://freedomhouse.org/sites/default/files/Feb2019_FH_FITW_2019_Report_ForWeb-compressed.pdf
- [9] Munich Security Conference. „Westlessness“ – Die Münchner Sicherheitskonferenz 2020.“ MSC. Web. 04. Mai 2020. <https://securityconference.org/news/meldung/westlessness-die-muenchner-sicherheitskonferenz-2020/>
- [10] Klingst, Martin & Lau, Jörg. „Ami goes Home.“ Die Zeit. Web. 04. Mai 2020. <https://www.zeit.de/2017/08/transatlantische-beziehungen-usa-europa-aussenpolitik/komplettansicht>

→ Unsere
Solidarität
kennt keine
Grenzen ←

>> Für eine bessere Asylpolitik

von Ferike Thom



Über die Autorin

Ferike Thom, 27, schreibt ihre Doktorarbeit über Handelspolitik im Agrarbereich. Sie war 2016–2020 Vorsitzende der Jusos Berlin-Pankow und ist Mitglied im Vorstand der SPD Berlin. Neben Migrations- und Asylpolitik sind ihre Themen internationaler Handel, Entwicklungspolitik, Agrarpolitik und Antifaschismus.

Gerade am Anfang der Corona-Pandemie war oft die Rede von Solidarität: Wir bleiben solidarisch zuhause. Solidarität heißt Abstand halten, Hände waschen. Solidarität ist das große Wort. Und endet abrupt an den EU-Außengrenzen.

Die EU hat sich auch schon vorher nicht durch eine besonders menschenfreundliche Asylpolitik hervorgetan. Die Pandemie-Situation führt das jetzt nochmal besonders deutlich vor Augen: Viele hatten sich schnell auf eine Rhetorik der Abschottung eingeschossen. Während Geschäftsreisende und Urlauber*innen noch vergleichsweise normal mit dem Flugzeug auch aus Risikogebieten wieder nach Deutschland kamen, wetterten rechte Stimmen gegen Geflüchtete als angebliche Überträger*innen des Virus und bekamen wenig Widerspruch. Dabei sind die betroffenen Menschen tatsächlich teils seit Monaten unterwegs und haben Risikogebiete verlassen, lange bevor das Virus dort ausgebrochen war. Die Infektionsgefahr ist für sie jetzt in den Lagern groß: Hygiene- und Abstandsmaßnahmen sind nicht einhaltbar. Diese Menschen und damit alle anderen könnten vor der Ausbreitung des Virus geschützt werden, indem sie in Europa aufgenommen und dort sicher untergebracht werden. Stattdessen nimmt Europa billigend in Kauf, dass sich tausende Menschen infizieren und es einen riesigen Infektionsherd an den europäischen Grenzen gibt. Hier ist Rassismus wichtiger als ein wirkungsvoller Infektionsschutz.

Die Diskussion auf Bundesebene zeigt zudem, wie sehr die Rechten bereits den Diskurs verschoben haben. Es wird nur noch über die Anzahl der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten geredet, die Deutschland aufnehmen sollte. Die Tatsache, dass das Recht auf Asyl auch für Familien inklusive Eltern oder gar erwachsene Männer gilt – die fällt völlig unter den Tisch.

>>Die EU hat sich auch schon vorher nicht durch eine besonders menschenfreundliche Asylpolitik hervorgetan.<<

An anderer Stelle war es mit den Abschottungsbestrebungen allerdings dann doch nicht so weit her: Wenn es nämlich wirtschaftlichen Interessen dient. Während Deutsche nicht reisen sollen, um ihre Gesundheit zu schützen, ist die Gesundheit von osteuropäischen Erntehelfer*innen anscheinend nicht so wichtig. Hauptsache der Spargel kommt zur Kartoffel auf den Teller. Deutschland und Europa geben sich hier einer Migrationspolitik hin, die voll und ganz der kapitalistischen Verwertungslogik folgt. Für uns Jusos ist das niemals akzeptabel!

Damit Europa seiner Verantwortung nachkommt, müssen sich viele Dinge ändern:

Macht den Weg frei!!

Heute sitzen auf der einen Seite Menschen in Lagern auf den griechischen Inseln fest und auf der anderen Seite gibt es viele Kommunen in Europa, die sich zu sicheren Häfen erklärt haben (in Nord-Niedersachsen z.B. Cuxhaven und Buxtehude) und Menschen aufnehmen wollen. Und dazwischen stehen Horst Seehofer und die Unionsfraktion. Sie blockieren und zeigten z.B. mit dem Obergrenzenvorschlag, dass ihnen Rechtsstaatlichkeit nicht wichtig ist, wenn es um nicht-deutsche Menschen geht. Aber jede*r hat das Recht, Asyl zu beantragen. Und dabei ist es ganz egal, wie viele Menschen das vorher ihnen getan haben.

Wie oft haben wir von der Union schon gehört, dass man ja Menschen aufnehmen wolle, aber eben nur als Teil eines gemeinsamen, europäischen Vorgehens. Auf die Einigung auf europäischer Ebene warten wir schon viel zu lange und für die Geflüchteten in den Lagern spitzt sich die Lage angesichts der Pandemie nur weiter zu. Deutschland muss sich der „Koalition der Willigen“ anschließen, mit gutem Beispiel vorangehen und jetzt schon Geflüchtete aufnehmen!

Evakuiert die Lager!

Die Entscheider*innen der EU und Mitgliedsstaaten schieben sich die Verantwortung für die Menschen auf den griechischen Inseln hin und her. Währenddessen bleibt die Situation in den Lagern schlimm, die hygienischen Umstände sind angesichts der Pandemie lebensgefährlich. Es gibt nach wie vor keine ausreichenden Möglichkeiten, sich die Hände zu waschen oder Abstand zu halten. Gleichzeitig liegen Kreuzfahrtschiffe im Hafen und Hotels stehen leer – ganz unmittelbar in Griechenland, aber auch in der gesamten EU. Hygienische und menschenwürdige Unterbringung sicherzustellen, ist die Verantwortung der EU, nicht Griechenlands allein. Entsprechend muss es dringend finanzielle Unterstützung durch die anderen Länder und gerade Deutschland geben.

Ferries not Frontex!

Mit jeder neuen Mittelmeer-Mission schwindet die Seenotrettung weiter aus den Einsatzzielen. Die kürzlich ausgelaufene Mission „Sophia“ sollte als Hauptziel Schlepper*innen bekämpfen. Wenn Menschen aus Seenot gerettet wurden, dann eher, weil man zufällig in der Nähe war. Und bei der neuen Mission „Irinì“ geht es einzig um die Überwachung des Waffenembargos gegen Libyen.

Diese tödliche Lücke wird gerade von privater Seenotrettung gefüllt – unter schwierigsten Bedingungen. Nicht nur werden sie kriminalisiert, ihre Schiffe in Häfen festgehalten und die Crews als angebliche Schlepper*innen vor Gericht gestellt. Sie werden an ihrer Arbeit, also an der Rettung von Menschenleben, gehindert. Sie dürfen nicht in die Bereiche fahren, in denen viele Schiffe in Seenotrettung geraten, wie die libyschen Küstengewässer. Tun sie es doch, werden sie von der libyschen Küstenwache beschossen und riskieren ihr eigenes Leben. Und die EU? Schließt Deals mit der libyschen Küstenwache, damit noch mehr Flüchtende direkt vor der Küste abgefangen und zurück in die Internierungslager in Libyen gebracht werden. Was auch immer die EU mit „Werte-Union“ meint – meine Werte sehen anders aus.

Unser Ziel muss die Auflösung von Frontex sein. Wir brauchen eine staatliche Seenotrettung, die von allen EU-Mitglieder getragen wird!

>>Währenddessen bleibt die Situation in den Lagern schlimm, die hygienischen Umstände sind angesichts der Pandemie lebensgefährlich.<<

Nieder mit der Festung Europa!

Wir wollen eine Welt ohne Grenzen. Die EU können wir nur als ersten Schritt in die richtige Richtung feiern. Der Zusammenhalt der EU-Staaten darf kein Zusammenhalt gegen andere Länder und Menschen bleiben. Die EU-Staaten feiern ihr friedliches Zusammenleben. Zu Recht, denn im Frieden lebt es sich für alle besser. Aber damit geht auch Verantwortung für andere einher – nämlich für die Menschen, die nicht in Frieden leben können und auf der Suche nach diesem, nach Sicherheit und Perspektiven ihre Herkunftsländer verlassen.

Die EU hat sich zur Wahrung der Menschenrechte verpflichtet. Und verlagert jetzt die Menschenrechtsverletzungen einfach vor ihre Tore. Menschen ertrinken auf dem Mittelmeer oder werden in Transitländern in Nordafrika oder in der Türkei unter menschenunwürdigen Bedingungen eingesperrt und an der Weiterreise gehindert. Die EU schließt Deals mit diesen Ländern, um Menschen auf ihrem Weg in die EU aufzuhalten und sie daran zu hindern, ihr Recht auf Asyl wahrzunehmen. Menschenrechte gelten für alle, nicht nur für die, die mit dem richtigen Pass auf die Welt gekommen sind! Raus aus solchen Deals!

Niemand soll das eigene Leben riskieren müssen!

Die EU muss endlich aufhören, Menschen daran zu hindern, ihr Recht auf Asyl wahrzunehmen. Denn nichts anderes tut sie, wenn sie keine legalen und sicheren Wege der Einreise schafft. Flüchtende müssen auf der Balkanroute oder dem Mittelmeer erst das eigene Leben in Gefahr

bringen, um ihr im Grundgesetz verankertes Recht auf Asyl wahrzunehmen. So können es nur diejenigen schaffen, die fit genug sind oder für die das Geld der Familie gereicht hat. Gerade für Frauen* ist dieser Weg unglaublich gefährlich.

Natürlich handeln Schlepper*innen nicht aus humanitären Motiven. Aber sie sind gerade die Einzigen, die es Flüchtenden ermöglichen in Europa zu ihrem Recht zu kommen.

Wir brauchen stattdessen humanitäre Korridore, wie es sie auch schon im Bosnienkrieg gab. So könnten Flüchtende sicher und legal mit einem humanitären Visum in die EU gebracht werden und hier ihren Antrag auf Asyl stellen.

Weg mit Dublin III

Deutschland und andere Staaten ziehen sich mit Dublin III aus der Verantwortung. Der Vertrag Dublin III regelt, dass Geflüchtete ihren Asylantrag in dem ersten Land stellen müssen, dass sie in der EU betreten. Deutschland liegt nicht an der EU-Außengrenze und ist – bis auf die wenigen Geflüchteten, die per Flugzeug kommen – entsprechend fein raus. Europäische Solidarität sieht anders aus! Geflüchtete Menschen verdienen es, nach Wochen und Monaten der Flucht gut anzukommen. Dazu gehört angemessene Unterkunft und Versorgung und eine ordentliche Bearbeitung der Asylanträge. Das kann nicht durch die Länder an den Außengrenzen, vor allem Italien und Griechenland allein geleistet werden. Viele Geflüchtete haben außerdem schon Kontakte in der EU – sie sollten dort leben dürfen, wo sie bereits auf Netzwerke zurückgreifen können. Hier können sie ihr neues Leben am besten beginnen.

>>Die EU muss endlich aufhören, Menschen daran zu hindern, ihr Recht auf Asyl wahrzunehmen.<<

Kommunen, die Geflüchtete aufnehmen wollen, sollen zusätzliche finanzielle Mittel bekommen. Wir wollen keine Menschen in der EU herumreichen oder festhalten. Stattdessen müssen die Gelder innerhalb der EU solidarisch verteilt werden, damit Geflüchtete menschenwürdig leben können. Egal, wo in der EU.

Fluchtursachen bekämpfen – na klar!

Konservative verkünden, dass die Aufnahme von Geflüchteten nur kurzfristig und nur Einzelnen helfen würde. Stattdessen sollten Fluchtursachen bekämpft werden. Klar, wollen wir auch. Aber Menschen flüchten, weil sie jetzt ein sicheres Zuhause brauchen. Sie können nicht warten, bis Fluchtursachen fertig bekämpft sind und ein gutes Leben in allen Teilen der Welt möglich ist. Ein Blick auf das halbherzige internationale Engagement von Deutschland und anderen reichen Staaten zeigt ohnehin: Dieses Argument ist nur eine Ausrede, um keine flüchtenden Menschen aufzunehmen. Es ist unsere Aufgabe die Konservativen hier zu entlarven und für das gute Leben für alle heute und morgen zu kämpfen!

Die Corona-Pandemie stellt uns gerade alle vor existenzielle Herausforderungen. Wir sorgen uns um unsere Angehörigen und Freund*innen, wir tragen Masken um Menschen in unserer Nähe zu schützen und gehen einkaufen für unsere Nachbar*innen. Als Internationalist*innen ist für uns Jusos klar: Unsere Solidarität gilt nicht nur denen in unserer Nähe. Unsere Solidarität ist grenzenlos. Auch in dieser Krise werden wir diejenigen, die in den Lagern auf den griechischen Inseln ausharren oder in anderen Teilen der Welt auf der Flucht sind, nicht vergessen. Unser Kampf für eine Welt ohne Grenzen und das gute Leben für alle geht weiter!

>> Unser
Kampf für
eine Welt
ohne
Grenzen
und das
gute Leben
für alle
geht
weiter! <<

EINE FEMINISTISCHE PERSPEKTIVE AUF COVID-19

von Nina Wüstemann und Lasse Rebbin

ÜBER DIE AUTOR*INNEN



Nina Wüstemann (*1988) ist Politikwissenschaftlerin und promoviert zur Umsetzung von Gender-Normen in internationalen Sicherheitsorganisationen.

Sie lehrte und forschte in der Vergangenheit zu Gender in den Internationalen Beziehungen und internationaler Sicherheitspolitik an der Leibniz Universität Hannover und der Universität Pisa. Seit Mai ist sie als wissenschaftliche Referentin für Gleichstellung an der Universität Hildesheim beschäftigt.

Lasse Rebbin (*2000) ist seit 2019

Bezirksvorsitzender der Jusos Nord-Niedersachsen und studiert Politikwissenschaft (B.A.) mit dem Schwerpunkt Internationale Beziehungen an der Leibniz Universität Hannover.



Das Coronavirus (Covid-19) beherrscht seit Monaten nicht nur die mediale Berichterstattung, sondern auch die weltweite Politikgestaltung, wodurch sich das Leben von vielen Menschen rapide verändert hat. Durch die tödliche Pandemie gibt es in vielen Ländern der Welt Einschränkungen der persönlichen Freiheitsrechte und weitere Maßnahmen, die es vielfach so zuvor noch nicht gegeben hat. Covid-19 hat global nahezu das Leben aller Menschen verändert. Allerdings wird in den (politischen) Debatten ein entscheidender Punkt oftmals außer Acht gelassen: Gruppen, die von Diskriminierung betroffen sind, trifft das Virus wesentlich härter, weil es Ungleichbehandlung verstärkt. Insbesondere Frauen* erleben die Krise also anders und schwerwiegender als Männer es tun. So sind die sogenannten Care-Arbeiten (also Pflege- und Hausarbeiten) in den Fokus gerückt, da Pflegeberufe als systemrelevant eingestuft werden. Wenn Care-Arbeit überhaupt bezahlt wird, ist sie oft sehr schlecht bezahlt. Die bezahlten Care-Arbeiten werden zu 80% von Frauen* ausgeführt, aber gleichzeitig häufen sich Medienberichte, die hauptsächlich Männer in der Krise darstellen (vgl. Götze und Joeres 2020). Ein befremdliches Bild: Frauen* riskieren jeden Tag durch die ausgeführte Care-Arbeit ihre Gesundheit, aber sind aus der Debatte teilweise ausgeschlossen oder darin mindestens unterrepräsentiert. Feminist*innen sehen in der Krise die Möglichkeit, endlich Themen in den Fokus zu rücken, die sonst wenig Aufmerksamkeit erfahren. Gleichzeitig ist aber auch klar, dass sich viele Frauen* in prekären Situationen befinden und es keine Hoffnung auf eine schnelle Besserung gibt, wenn die Kategorie „gender“ nicht endlich bei der Bekämpfung des Coronavirus mitgedacht wird. Mit diesem Übersichtsartikel wollen wir zeigen, welchen Mehrwert eine feministische Perspektive auf das Coronavirus bieten kann, welchen

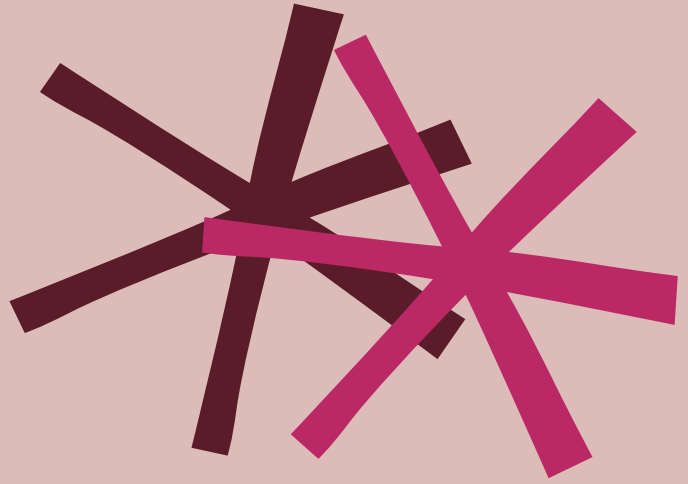
Problemen Frauen* weltweit gegenüberstehen und welche Forderungen Feminist*innen aufstellen, um die Situation zu verbessern.

GENDER MATTERS

Wir betrachten Phänomene, Probleme und Lösungsansätze egal ob nun im wissenschaftlichen Kontext oder im Alltag oft aus einer männlichen Perspektive, patriarchale Strukturen sind fest verankert in unser aller Denken. Eine feministische Perspektive, die Kategorien wie „gender, class, race, culture“ stets mitdenkt und dadurch einen intersektionalen Charakter einnimmt, kann uns helfen diese festgefahrenen Denkmuster und Stereotype zu durchbrechen und eröffnet dadurch neue Perspektiven und mögliche Lösungsansätze. Warum dies notwendig ist und welche Folgen ein mögliches Ausklammern einer Gender-Perspektive mit sich bringt, konnte während der Ebola-Krise von 2014 bis 2016 beobachtet werden: Geschlechtsspezifische Folgen wie die Tatsache, dass mehr Mädchen als Jungen die Schule verließen, häusliche Gewalt anstieg, dass sich der Anteil an Teenager-Schwangerschaften in einigen Gebieten um 65 % und auch die Mortalitätsrate von Gebärenden anstieg, führten zu Verlängerung der Krise und zu politischen und gesellschaftlichen Unsicherheiten (vgl. IFFF 2020). Die Problematik hierbei liegt in einer meist westlich patriarchalen Sichtweise auf gesellschaftliche und politische Phänomene, welche sich in ´klassisch` männlichen

>>GRUPPEN, DIE VON DISKRIMINIERUNG BETROFFEN SIND, TRIFFT DAS VIRUS WESENTLICH HÄRTER, WEIL ES UNGLEICHBEHANDLUNG VERSTÄRKT.<<

Politikfeldern, wie der Sicherheitspolitik, besonders bemerkbar machen und für marginalisierte Gruppen (in den meisten Fällen gehören Frauen* und Kinder dazu) zur Gefahr werden können. Deutlich geworden ist dies bereits während der Ebola-Krise, denn in Ländern wie beispielsweise Liberia oder Guinea sind unverhältnismäßig viele Frauen* erkrankt – sie kümmerten sich während der Pandemie um die Erkrankten und die Beerdigungen der Verstorbenen und waren somit einer größeren Gefahr ausgesetzt. Erschwerend kam der unterschiedliche Zugang zu Informationen hinzu. Personengruppen ohne Bildungszugang (in den meisten Fällen sind auch dies Frauen* und Mädchen) trugen zum schweren Verlauf dieser Epidemie bei und ließen auch hier die Zahlen der weiblichen Erkrankten steigen (vgl. UNIDIR 2020). Dies ist nur ein kurzer Ausschnitt und dennoch wird deutlich, dass Pandemien und Krisen nicht gender-neutral verlaufen, sie haben unterschiedlich starke Auswirkungen auf alle Geschlechter, welche es zu berücksichtigen gilt. Auch im gegenwärtigen Kontext der Covid-19 Pandemie wird diese Dichotomie immer deutlicher: Frauen* übernehmen einen Großteil der „systemrelevanten“ Aufgaben (unter anderem als Krankenschwestern, Kassiererinnen, Pflegerinnen), nicht wenige von ihnen sind alleinerziehend (90 % der Alleinerziehenden in Deutschland sind Frauen* (vgl. BMFSFJ 2020)) und müssen so neben dem Job noch Kinder oder Angehörige betreuen, unterrichten und versorgen. Deswegen ist eine bessere Bezahlung, Verteilung und Sichtbarkeit von Care-Arbeiten dringend notwendig. Hinzu kommt, dass der Anstieg der erfassten Straftaten innerfamiliärer und häuslicher Gewalt zu Zeiten von Ausgangssperren oder gar Quarantäneregelungen deutlich spürbar ist. Allein in Berlin wurde eine deutliche Steigerung der Polizeieinsätze registriert: Pro Woche gingen bis zu 54 Prozent mehr Notrufe wegen



häuslicher Gewalt ein (vgl. Althammer 2020). Dieses Phänomen lässt sich international beobachten, so vermelden Staaten wie China, Brasilien, USA oder Australien ebenfalls einen Anstieg von (häuslicher) Gewalt gegen Frauen* und Kinder (vgl. Peterman et al. 2020: 3). Den Zusammenhang zwischen der Corona-Pandemie (wie auch vergangenen Pandemien und Epidemien, wie beispielsweise Ebola, Zika oder H1N1) und dem Anstieg der Gewalttaten sehen die Wissenschaftler*innen als gegeben, betonen jedoch, dass es sowohl zur Gewalt gegen Frauen* und Kindern allgemein und besonders zu Krisenzeiten bisher zu wenig Forschungsergebnisse gäbe (vgl. Peterman et al. 2020: 4). Deshalb sind genderspezifische Datenerhebungen in diesem Bereich dringend notwendig.

Nachdem wir nun mit häuslicher Gewalt und Care-Tätigkeiten zwei Themenbereiche betrachtet haben, die global präsent sind und in der politischen Debatte in Deutschland thematisiert werden, wollen wir den Blick über den Tellerrand wagen und zwei genderspezifische Probleme betrachten, die vor allem in Krisengebieten eine wichtige Rolle spielen: Insbesondere wenn es um den Zugang zu Verhütungsmitteln, Hygieneprodukten und eine allgemeine medizinische Versorgung geht, wird deutlich, dass die Auswirkungen der Corona-Pandemie regionspezifisch ausgeprägt sind.

Länder, Regionen und manchmal sogar nur bestimmte Stadtteile, in denen es ein sichergestelltes und flächendeckendes Angebot an Verhütungsmitteln, Hygieneprodukten und medizinischer Versorgung gibt, sind für Frauen* während der Corona-Pandemie sicherer, was am Beispiel des Ebola-Virus (siehe oben) deutlich wurde. Als Reaktion auf die gefährliche Situation für Frauen* fordert zum Beispiel die „FEMINIST ALLIANCE for RIGHTS (FAR)“, dass Frauen* auch während der Corona-Pandemie Zugriff zu sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdiensten haben. Das betrifft zum Beispiel Verhütungsmittel, die Möglichkeit sicher zu gebären und legal Schwangerschaftsabbrüche durchführen zu können (vgl. FAR 2020). Diese grundlegenden Selbstbestimmungsrechte von Frauen*, die längst nicht in allen Ländern der Welt gewährleistet sind, (auch in Deutschland stehen Schwangerschaftsabbrüche immer noch im Strafgesetzbuch) müssen gerade während einer globalen Pandemie sichergestellt werden, damit nicht noch zusätzliche und langfristige Gefahren für Frauen* aufkommen.

**>> NATÜRLICH HAT AUCH
DAS ENORME
AUSWIRKUNGEN AUF DIE
DORT LEBENDE
BEVÖLKERUNG - ABER
EBEN AUCH BESONDERS
AUF FRAUEN*, DA DIE
TALIBAN EIN MISOGYNES
UND PATRIARCHALES
WELTBILD PROPAGIEREN,
DASS DIE RECHTE VON
FRAUEN* MASSIV
BESCHNEIDET. <<.**

Ein weiteres Beispiel globalen Ausmaßes sind die sogenannten „UN Peacekeeping Missions“, also die Einsätze der UN-Blauhelme, um in Konfliktgebieten die Sicherheit herzustellen bzw. zu stabilisieren. Diese werden zwar weiter fortgesetzt und die UN unterstützen Länder zusätzlich bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie, aber auch dies ist mit bestimmten Einschränkungen verbunden. So wird bis zum 30. Juni das uniformierte Personal in allen UN-Missionen nicht mehr ausgetauscht, was zu zusätzlichem Stress führen und damit die Arbeit einschränken kann. Außerdem kann die UN in Gebieten mit einer unsicheren Sicherheitslage nicht bei der Bekämpfung des Coronavirus unterstützen, obwohl dort ein hohes Risiko der Infektion besteht (vgl. Nagel und Verveer 2020). Aufgrund dessen warnen einige Beobachter*innen bereits davor, dass in den Gebieten, in denen staatliche oder überstaatliche Hilfe nicht ankommt, Terrororganisationen, wie die Taliban (agieren in Afghanistan), die Möglichkeit haben, ihre Propaganda zu verbreiten und ihre Herrschaft in bestimmten Gebieten zu stabilisieren (vgl. Jackson 2020). Natürlich hat auch das enorme Auswirkungen auf die dort lebende Bevölkerung – aber eben auch besonders auf Frauen*, da die Taliban ein misogynen und patriarchales Weltbild propagieren, dass die Rechte von Frauen* massiv beschneidet. Um dem zu entgegen fordern Expert*innen, wie Melanne Verveer und Madeleine Albright eine Resolution des UN-Sicherheitsrates. Dieser erklärte zwar das Coronavirus bereits zu einem Problem für Frieden und Sicherheit, aber hat sich seitdem nicht damit befasst (vgl. Lieberman 2020). Eine Resolution muss aus einer feministischen Perspektive verfasst werden und so die Ungleichheit global thematisieren, um nachhaltige Sicherheit gewährleisten zu können.

WARUM ES EINER FEMINISTISCHEN ANTWORT AUF COVID-19 BEDARF

Die vorherigen Ausführungen vermitteln einen ersten Eindruck, warum besonders in Krisenzeiten eine feministische Perspektive mitgedacht, "gender" als Kategorie berücksichtigt und in einem nächsten Schritt intersektional weiter gedacht werden muss. An den Beispielen von Care-Arbeit, häuslicher Gewalt, sexueller und reproduktiver Selbstbestimmung, sowie UN-Missionen haben wir in einem ersten Abriss dargelegt, warum Covid-19 nicht genderneutral verläuft. Allerdings ist das nur ein Ausschnitt von vielen Themenfeldern, denn eine feministische Perspektive wird vielfach als "cross-cutting-issue" bezeichnet – einer zusätzlichen, notwendigen Blickweise, die nahezu auf alle Politik- und Themenfelder anzuwenden ist. Darüber hinaus ist zu betonen, dass wir hier mit "gender" nur eine von diversen Kategorien berücksichtigt haben, es gilt hier zukünftig auch intersektionale Faktoren zu berücksichtigen. Das ganze Ausmaß wird sich auch erst begreifen lassen, sobald mehr Daten erhoben worden sind. Trotzdem ist festzuhalten: Feminismus verdeutlicht, dass eine Gesellschaft nur so sicher ist wie die Schwächsten innerhalb dieser (vgl. Billing 2020). Besondere Aufmerksamkeit wird bei der Lösungsfindung nun einer weiblichen Führungskultur geschenkt, die es bisher schaffte während der Pandemie durch Effizienz und Effektivität zu überzeugen. So sind es beispielsweise die (zum Teil feministischen) Regierungen aus Deutschland, Neuseeland, Dänemark, Finnland, Norwegen, Island oder Taiwan, die hier in den Fokus gerückt werden. Deutlich wird hier einmal mehr, dass eine geschlechtergerechte Regierung in der Lage ist stärkere und nachhaltigere Entscheidungen zu treffen (vgl. The Conversation 2020).

Quellen:

- Althammer, René (2020) Deutlich mehr Einsätze wegen häuslicher Gewalt, aber kaum mehr Anzeigen, URL: https://www.rbb24.de/panorama/thema/2020/coronavirus/beitraege_neu/2020/04/berlin-haeusliche-gewalt-Frauen*haeuser-polizeistatistik.html [18.05.2020].
- Billing, Leila (2020) What does feminist leadership look like in a pandemic?, URL: <https://medium.com/@leila.billing/what-does-feminist-leadership-look-like-in-a-pandemic-35b2ee0eb994> [12.05.2020].
- BMFSFJ (2020) Allein- und getrennt Erziehende fördern und unterstützen, URL: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/familie/chancen-und-teilhabe-fuer-familien/alleinerziehende> [12.05.2020].
- Devex (2020) Q&A: On COVID-19, Melanne Vermeer is waiting for a signal from UN Security Council, URL: <https://www.devex.com/news/q-a-on-covid-19-melanne-vermeer-is-waiting-for-a-signal-from-un-security-council-97032> [18.05.2020].
- Enloe, Cynthia (2020) COVID-19: "Waging War" Against a Virus is NOT What We Need to Be Doing, URL: <https://www.wilpf.org/covid-19-waging-war-against-a-virus-is-not-what-we-need-to-be-doing/> [12.05.2020].
- Foreign Policy (2020) For the Taliban the pandemic is a ladder, URL: <https://foreignpolicy.com/2020/05/06/taliban-afghanistan-coronavirus-pandemic/> [18.05.2020].
- IFFF Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (2020) Eine feministische Analyse der Corona-Krise, URL: <https://www.wilpf.de/eine-feministische-analyse-der-corona-krise/> [11.05.2020].
- Peterman, Amber; Alina Potts, Megan O'Donnell, Kelly Thompson, Niyati Shah, Sabine Oertelt-Prigione, und Nicole van Gelder (2020) Pandemics and Violence Against Women and Children, Center for Global Development, Working Paper 5, URL: <https://www.cgdev.org/sites/default/files/pandemics-and-vawq-april2.pdf> [18.05.2020].
- The Conversation (2020) Why women leaders are excelling during the coronavirus pandemic, URL: <https://theconversation.com/why-women-leaders-are-excelling-during-the-coronavirus-pandemic-138098> [20.05.2020].
- UNIDIR (2020) Pandemics Are Not Gender-Neutral, Gender Analysis Can Improve Response to Disease Outbreaks, URL: <https://unidir.org/commentary/pandemics-are-not-gender-neutral-gender-analysis-can-improve-response-disease-outbreaks> [12.05.2020].
- Über Medien (2020) Kriegsherren, Erklärbar, Sunnyboys: Männer für die Krise, URL: <https://uebermedien.de/48653/kriegsherren-erklaerbaeren-sunnyboys-maenner-fuer-die-krise/> [18.05.2020].

Weiterführende Literatur:

- Centre for Feminist Foreign Policy (2020) Feminist Resources on the Pandemic, URL: <https://centreforfeministforeignpolicy.org/feminist-resources-on-the-pandemic> [11.05.2020].
- Georgetown Institute for Women, Peace and Security (2020) COVID-19, URL: <https://giwps.georgetown.edu/priority/covid-19/> [11.05.2020].

"Und was jetzt?"

Bildungsarbeit in Zeiten

von Corona

von Laura Baumgarten



Über die Autorin

Laura (*1995) ist seit 2017 Bezirksgeschäftsführerin der Jusos im Bezirk Nord-Niedersachsen und eigentlich auch im Krisenmanagement erprobt. Doch auch sie musste mit den Bedingungen der Verbandsarbeit während Corona erst warm werden.

Ansonsten studiert sie im Master Geschichte und beschäftigt sich auf ihrer Instagram-Seite "Frau Abgeordnete" mit den weiblichen Parlamentarierinnen während der Weimarer Republik.

Vorangestellt. Eine persönliche Beobachtung.

Donnerstag, 12. März, 11:35 Uhr. Ich steige in den ICE von Halle nach Hamburg ein. Ungewöhnlich leer ist er. Im Norden stürmt es mal wieder. Irgendwo in Brandenburg wird angezeigt: Umgestürzter Baum auf der Strecke zwischen Berlin und Hamburg. Also Umleitung des Zuges: von Berlin (zurück nach) Magdeburg über Uelzen und Harburg, meine Ankunft wird sich um 2 Stunden verschieben. Ich bekomme schlechte Laune. Eine Kommilitonin schreibt mir, dass am Freitag die Uni wegen Corona dicht gemacht wird, die Laune wird schlechter. Ich hab nur für drei Tage gepackt. Später lese ich auf Twitter, dass das Semester erst am 20. April starten wird. Bisher gehe ich aber noch davon aus, dass die Bezirksdelegiertenkonferenz am Samstag stattfinden wird. Ich freue mich darauf, wie viele von euch. Genoss*innen treffen, die man mal mehr, mal weniger lange nicht mehr gesehen hat. Diskutieren über Anträge und Änderungsanträge. Meine letzte BDK als Juso-Bezirksgeschäftsführerin sollte sie sein, einmal eine entspannte BDK erleben - als Geschäftsführerin hat man das nämlich nie - Pustkuchen. Es kam doch anders.

Denn als ich in Hamburg angekommen war, telefonierte ich mit Lasse. Sagen wir die BDK doch ab? Angeblich sollen ab Montag auch die Schulen geschlossen werden. Oder ziehen wir die BDK noch durch? Wir beschließen das SPD-Büro anzurufen und zu fragen, was die Partei derzeit empfiehlt. Uns wird dringend empfohlen abzusagen. Alle Parteiveranstaltungen werden auf unbestimmte Zeit verschoben. Ebenso müssen wir es mit der BDK halten. Müssen nicht aufgrund eines Zwanges, sondern weil wir - trotz aller Enttäuschungen über die Absage - wissen, dass es das einzig richtig ist.

Lasse und ich beschließen die BDK abzusagen - in Absprache mit dem SPD-Bezirksbüro. Mit dem BeVo sowie den Vorsitzenden der Unterbezirke und Kreisvereine wollen wir kurzfristig dazu telefonieren und die Gründe darlegen und wie es weitergehen wird. Am Freitag Nachmittag beschließt der SPD-Bezirksvorstand zu empfehlen keine Veranstaltungen mehr durchzuführen bis zum 30. April. Alle, die an der Telefonkonferenz teilnehmen waren enttäuscht. Denn alles war vorbereitet und vorbesprochen. Änderungsanträge waren verfasst worden, diestellungsreden waren geschrieben, das Essen, die Location standen.

Eine Woche versinken auch wir als Bezirksvorstand im Corona-Lockdown. Dann telefonierte ich mit Lasse. "Und was jetzt?" fragte er. Wie soll es nun weiter gehen? Wir können schließlich nicht nichts tun. Was ist mit den geplanten Seminaren und Veranstaltungen. Wir beschlossen eine Skype-Konferenz mit dem BeVo abzuhalten am 22. März. Dort besprachen wir gemeinsam wie wir unsere Arbeit online stattfinden lassen können und wie es nun weitergehen soll. Gemeinsam fanden wir darauf schnell viele verschiedene Antworten. Wir haben die Wochen des Lockdowns damit verbracht Konzepte zu schreiben, Zeitpläne zu erstellen und schließlich uns in Gruppen aufgeteilt, um an allen Projekten arbeiten zu können. Was wir uns alles überlegt haben, wollt ihr nun wissen?

**>>Eine Woche
versinken auch wir
als Bezirksvorstand
im Corona-
Lockdown. Dann
telefonierte ich mit
Lasse. "Und was
jetzt?" fragte er.<<**

Unser “Corona-Programm” besteht aus Fünf Säulen.

1. Live-Streams

Um euch euch im Lockdown etwas bieten zu können, machten wir auf Instagram Livestreams – dort waren Lars Klingbeil (MdB und SPD-Generalsekretär), Dörte Liebetruhl (MdL), Oliver Lottke (MdL) sowie Sebastian Zinke (MdL). In entspannter Runde konnten Fragen in den Kommentaren gestellt werden, man trank ein Kaltgetränk. Die Stunden waren sowohl unterhaltsam wie auch informativ. Der Nachteil natürlich: Nach 24 Stunden sind die Live-Streams nicht mehr online. Da kam uns eine andere Idee gerade Recht, die aber etwas Vorlaufzeit benötigte. Darum kümmerten sich vor allem Lasse und Mattheus.

2. NoNie.FM – Der Klönschnackpodcast

Wie können wir Vorträge ersetzen? Wie Gesprächsrunden? Wie können wir vor allem dafür sorgen, dass jede*r zu seiner gewünschten Zeit hören kann, was erzählt oder diskutiert wurde? Na klar, mit einem Podcast! Also begann eine Gruppe um Jonas, Mattheus und Katharina zu planen. Was benötigen wir? Wer kann das am Ende schneiden? Wer übernimmt die Planung und schließlich: Welche Format können wir umsetzen, wen einladen? Das Resultat aus einigen Telefon- und Videokonferenz ist NoNie. FM – Klönschnackpodcast geworden. Die erste Folge war ein Gespräch zwischen Lasse und Uwe Santjer, unserem SPD-Bezirksvorsitzenden und Oberbürgermeister von Cuxhaven. Sie sprachen darüber wie Uwe Politik versteht, was er als Bezirksvorsitzender so macht sowie was seine Lieblingsorte in Cuxhaven sind, aber noch vieles mehr! Ihr findet den Podcast überall wo es Podcasts gibt!

3. Die Webinar-Reihe

Einige der geplanten Seminare mussten abgesagt werden. Aber wie können wir trotzdem die Diskussionen im Bezirk fortführen, aber auch für neuen Input sorgen? Unter diesen Fragen kamen wir zum Schluss, dass wir auch Webinare anbieten möchten. Zwei Stück im Monat und nicht länger als drei Stunden sollen diese dauern. Wir freuen uns, dass wir für die ersten Webinare tolle Referent*innen wie die Bezirksvorsitzende von Hannover Silke Hansmann sowie Almut Großmann aus dem Juso-Bundesvorstand und viele weitere bereits begrüßen durften. Wir freuen uns auf viele weitere Webinare, die von einem Team rund um Belana, Laura und Lasse organisiert werden. Grundsätzlich soll das für September geplante Feminismus-Seminar hiermit ersetzt werden, es wird allerdings auch immer wieder andere Themen der Webinare geben, um ein möglichst für alle Mitglieder interessantes Feld abzudecken.

4. Die Erklärvideos

Wie können wir unser Jugend in die Politik Seminar ersetzen, dass sich vor allem an Neumitglieder richtet ersetzen? Durch Erklärvideos! Kurz, prägnant und immer auf unserer Homepage unter jusosnn.de/erklärvideos/ abrufbar! Die kurzen Videos werden hauptsächlich von Kirsti und Fynn geskriptet, anschließend wird gemalt und gefilmt sowie eine Tonspur darüber gelegt – und fertig ist das Erklärvideo!

5. Verbandsmagazin

Zuletzt stellt auch dieses Verbandsmagazin eine Säule der Corona-bedingten Online-Arbeit dar. Das Magazin soll das Seminar zur Außen- und Sicherheitspolitik insofern ersetzen, als das es zum Nachdenken, zur Diskussion miteinander wie auch für Input genutzt werden soll. Die Arbeit hieran ist vielfältig, wie man auch dem Impressum immer entnehmen kann. Für das Lektorat sind dieses Mal Belana und Tom zuständig, das Design übernimmt wiederum Laura ebenso wie gemeinsam mit Lasse die Redaktion.

Wir hoffen, dass wir mit diesen fünf Säulen die Verbandsarbeit auch während des Lockdowns, während Abstandsregeln und während des Verbotes von Zusammentreffen mehrerer Personen am Leben erhalten können, euch Interessante neue Themen vorstellen können sowie die ein oder andere Stunde der Langeweile füllen können.

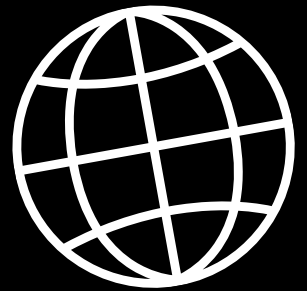
Für diejenigen, die jetzt sagen: “Alles schön und gut, aber was ist jetzt mit der Bezirksdelegierten-konferenz?”

Wir planen die BDK derzeit für Mitte September, genaueres werden wir aber erst im Juli planen können, weil es aus unserer Sicht derzeit noch zu früh ist für September zu planen. Wir können euch aber versprechen, dass wir die BDK so schnell wie es uns mit Ladungsfrist, Antragsfrist etc. möglich ist durchführen werden. Der alte Bezirksvorstand bleibt im Amt. Das ist laut dem SPD-Statut ohne Probleme möglich, denn wir wählen unseren Vorstand jährlich, vorgeschrieben ist aber - ebenso im Parteiengesetz - dass mindestens alle zwei Jahre ein Vorstand gewählt wird. Wir befinden uns daher in keiner zeitlichen Not voreilig eine BDK einzuberufen und durchzuführen. Wir hoffen auf euer Verständnis.

Wir sehen aber auch das Positive: Noch nie wurde ein dann neuer Bezirksvorstand über so lange Zeit so intensiv eingearbeitet, denn wir haben die Kandidierenden bereits Ende Februar in den Bezirksvorstand kooptiert und diese Kooptierung wurde weiterhin aufrecht erhalten.

Westlessness

Über den Zerfall des Westens
und wie wir ihn neu erfinden
können.



von Jonas Pagels

über den Autoren



Jonas Pagels (22) ist Student der Politikwissenschaft an der Universität Bremen. In seiner Freizeit engagiert sich der Podcast- und Musikaddict als Vorsitzender der Jusos Heidekreis und als einer der stellvertretenden Vorsitzenden der Jusos Nord-Niedersachsen sowie in mehreren überparteilichen Organisationen.

Die Zukunft des Westens ist ungewiss. Was bedeutet der Rückzug der USA als globaler gesellschafts- und sicherheitspolitischer Akteur? Welche Rolle muss die Europäische Union in Zukunft einnehmen? Wie wird sich die Welt unter einer neuen Weltmacht China entwickeln?

Das 21. Jahrhundert ist bisher geprägt von vielen offenen Fragen von globaler Bedeutung zur Zukunft des Zusammenlebens der Menschen und Länder dieser Erde. Während viele Organisationen, Staaten und einzelne Akteure bereits seit Jahren auf eventuelle politische Probleme der Zukunft hinweisen und mit verschiedensten Ideen zur Lösung akuter und bevorstehender Konflikte beitragen, haben wieder viele andere Akteure noch gar nicht realisiert in welcher Phase des Umbruchs sich die Welt gerade befindet und auf welche globalen Zerwürfnisse und zwischenstaatliche Neuordnungen wir eventuell zusteuern.

Im Februar dieses Jahres hatte ich die Ehre als Gast an einigen Veranstaltungen der 56. Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) in der Bayerischen Landeshauptstadt teilzunehmen. Einst im Jahr 1963 vom Widerstandskämpfer aus dem Stauffenberg-Kreis, Ewald-Heinrich von Kleist-Schmenzin, als „internationale Wehrkundetaugung“ ins Leben gerufen hat sich dieses damalige Forum, das inzwischen Münchner Sicherheitskonferenz heißt, über die

Jahre bis in die Gegenwart als eines der weltweit wichtigsten Foren des Austausches führender Köpfe aus Politik und Wirtschaft entwickelt. Hier kommen seit Jahrzehnten Staatsoberhäupter unverbindlich zusammen, lernen sich persönlich kennen und können auf Basis des Austausches vor Ort sogar Konflikte aus dem Weg räumen. Ein Beispiel dafür ist die Unterzeichnung des „New START“ Abkommens durch die Außenminister der Länder Russland und den Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 2011 auf der MSC, wodurch ein wichtiger Beschluss zur atomaren Abrüstung zwischen den beiden Atommächten in München gefasst wurde. Foren wie diese fördern das Prinzip des Multilateralismus: Dem System grenzübergreifender Märkte und Gesellschaften.

Die diesjährige Sicherheitskonferenz stand unter dem Motto „Westlessness“. Diese kreative Neuwortschöpfung bezieht sich auf das Gefühl, die Wahrnehmung und die Furcht, dass „der Westen“ politisch ausgedient hätte und dessen Zukunft ungewiss sei. Mit dem Verschwinden des Westens und der zunehmenden vermeintlichen Bedeutungslosigkeit von Multilateralismus kommt auch unmittelbar die Frage nach Zusammenhalt und somit nach Führung auf.

Der Westen ist in erster Linie nicht geographisch auszumachen, sondern bezieht sich auf die internationale Staatengemeinschaft gewisser jener Länder mit ähnlichen demokratischen Grundordnungen, Wertefundamenten sowie ähnlichen Interessen: Staaten wie die USA, die meisten europäischen, insbesondere westeuropäischen Länder, aber auch beispielsweise Nationen jenseits des geographischen Westens wie Südkorea, Japan,

»Der Westen ist in erster Linie nicht geographisch auszumachen, sondern bezieht sich auf die internationale Staatengemeinschaft gewisser jener Länder mit ähnlichen demokratischen Grundordnungen, «

Südafrika und Australien. Insbesondere die USA haben als Atommacht und Sieger zweier Weltkriege vor dem Kalten Krieg, lange die Rolle der Führungsmacht innerhalb des Bündnisses ausgemacht. Nach dem Zusammenbruch und Zerfall der einstigen Supermacht, der Sowjetunion, und dem damit einhergehenden Ende des Kalten Krieges stand die USA auf dem internationalen Parkett als alleiniger Global Player dar – mit zahlreichen verbündeten Staaten auf allen Kontinenten der Erde. Mit den USA einhergehend, hatte dadurch der Westen von damals an für einen gewissen Zeitraum eine unangefochtene globale Führungsrolle. Der Westen war von da an ein Machtblock, der sich auf einem soliden Wertefundament sowie einer bis in die Gegenwart fortschreitenden Vernetzung sämtlicher Gesellschaftsbereiche und einem funktionierenden, unangefochtenen Multilateralismus stützen konnte.

Heute sieht die Situation etwas anders aus. Die aktuelle Lage im Jahr 2020 ist dominiert von internationalem Misstrauen zwischen Staaten und Regierungen und geprägt von internationaler Führungslosigkeit. Der 45. Präsident der USA, Donald Trump, setzt ebenjenen verlässlichen Kurs nicht fort, den die USA jahrelang gefahren sind und dem einige Bündnispartner folgen konnten. Die USA waren stets ein verlässlicher Partner wenn es um die Finanzierung und unter Anderem auch um die Truppenstellung für Bündnispartner ging. Die NATO und die UN werden überwiegend von den USA finanziert. Trump hat gedroht diese für die Organisationen so wichtigen finanziellen Mittel einzustellen. Nicht nur, dass damit auch die Existenz jener Organisationen in Frage gestellt wird: Auch hat dieses Handeln seitens der Trump-Administration ein großes aufkommendes Misstrauen und eine zurechte Infragestellung der Verlässlichkeit der USA gegenüber ihren Partnern in der Welt zur Folge. Dazu muss man aber auch sagen, dass nicht nur Trump sondern auch die Regierungen unter

Vorgänger Barack Obama sowie dessen Vorgänger George W. Bush die hohen Kosten der USA zur Finanzierung der NATO kritisiert haben. Im Kern ist das Argument aus amerikanischer Perspektive aber auch nachvollziehbar: Warum sollte ein Land das geographisch weitab von seinen Bündnispartnern und in viel sicherer Lage liegt, den Großteil der Finanzierung für Staaten auf einem anderen Kontinent zahlen, die wiederum zum vermeintlichen Schutz ihres eigenen Kontinents viel weniger beitragen? An diesem Punkt der Problembeschreibung, die man sicherlich noch viel weiter ins Detail fortführen könnte, muss man auch die Frage nach Lösungsansätzen für jene und weitere Probleme und Zerwürfnisse, aufstellen. In diesem Zusammenhang kann der Rückzug der USA aus der internationalen Sicherheitssphäre natürlich auch als eine Chance, beispielsweise für die Europäische Union (EU) hin zu einer Emanzipation dieses Kontinents führen. Auch unabhängig davon ob nach Donald Trump im nächsten oder in fünf Jahren ein anderer Präsident aus dem Weißen Haus regiert, muss Europa Möglichkeiten ergreifen und Wege hin zu mehr Eigenständigkeit ergreifen. Aber die EU ist leider trotz der aktuellen Entwicklung der USA noch weit davon entfernt einheitlich und entschlossen an einem Strang zu ziehen. Man muss dennoch darauf verweisen, wie effizient die EU teilweise, konkret wiedergespiegelt in den Prozessen der einzelnen Verwaltungsorgane dieser überstaatlichen Institution, funktioniert. Die EU ist heute eine Rechtsgemeinschaft und die größte weltweite Wirtschaftsmacht. Natürlich ist in Einzelfällen wie in der rechtsstaatlichen Entwicklung von Mitgliedstaaten wie Polen und Ungarn ein Rollback zu verzeichnen – wenngleich in beiden Fällen ganz unterschiedlicher Natur – aber selbst diese Entwicklungen, auf die die EU mit Sanktionen reagieren kann, gefährden im Kern nicht die Infrastruktur geschweige denn die EU insgesamt.

»Denn in einer Sache waren sich sämtliche Vertreter*innen auf der diesjährigen MSC einig: Es mangelt an politischer Führung.«

Heute wirkt die Festigkeit des Westens instabil, fragil – Es zerbröckelt. Das Feuer, das einst überwiegend in diesen Staaten brannte, weltweit für das Richtige einzustehen und zu kämpfen, wirkt heute beinahe erloschen. Aber hier liegt aus zur EU beschriebenen Gründen eine Chance vor, dass sich der Westen in einem gefestigten Europa wiederfindet beziehungsweise gegebenenfalls sogar fortsetzt und über seine jetzige Form neu erfindet, mit der EU als Führungsersatz anstelle der USA. Denn in einer Sache waren sich sämtliche Vertreter*innen auf der diesjährigen MSC einig: Es mangelt an politischer Führung. Und auch gerade in Deutschland tun sich die Menschen gerne und irgendwo auch historisch bedingt verständlich mit einer gewissen politischen Führungsfrage schwer. Wenn aber nicht die EU diese notwendige Führung übernimmt, wenn nicht die USA die alte Führungsrolle wiedereinnimmt, wenn nicht USA und EU gemeinsam führen wird wohl oder übel eines Tages einem anderen Staat, Staatensystem oder nichtstaatlichen Akteur in dieser Welt diese Führungsrolle zufallen. Und wenn wir dafür nicht einschreiten beziehungsweise uns diese Führungsfrage egal ist oder wird, werden wir keinen Einfluss darauf haben wem diese Führungsrolle sehr wahrscheinlich eines Tages zufallen wird. Deshalb ist diese Vision eines starken Europas lohnenswert, dafür einzustehen, auch oder gerade deshalb auch im politisch progressiven Lager.

An diesem Punkt des möglichen Ausblicks einer garantierten Fortsetzung des Westens, also des bisherigen Werte- und Staatensystems, muss ergänzend auch noch einmal auf die Perspektiven anderer Staaten und Staatensysteme eingegangen werden, deren Schicksal und Entwicklung im Zusammenhang mit dem Westen stehen, oder eben, wenn Chancen vertan werden, auch nicht im Zusammenhang mit dem Westen stehen. Konkret geht es dabei um die bis ins Ende des 20. Jahrhunderts bestehende Supermacht Russland sowie der zukünftigen, wenn nicht sogar schon präsenten Supermacht, der Volksrepublik China. Beide Staaten unterscheiden sich gesellschaftlich, kulturell und von prägenden Wertevorstellungen stark von denen, die in der westlichen Sphäre vorherrschen. China noch stärker in diesem Fall als Russland. Auf Grund dessen und wegen ihrer jeweiligen außenpolitischen Handlungen kommt oft in Diskussionen, Debatten und Meinungsbeiträgen die Frage auf, wie man als progressives und weltoffenes Land mit solchen Staaten umgehen und in einigen Fällen zusammenarbeiten muss. Zum Hintergrund der Außenpolitik: Russland hat im Jahr 2014 Staatsgebiet der Ukraine, konkret die Krim besetzt. Die diplomatischen Beziehungen und der Austausch Russlands mit westlichen Staaten steht fast auf einem Nullpunkt, ähnlich wie in Zeiten des Kalten Krieges. Die Volksrepublik China stellt weltweit die größte Armee, baut Häfen und Militärstützpunkte in verschiedenen Ländern Asiens und Afrikas, pocht auf eine Einverleibung der Republik China (Taiwan) bis 2049 und übt starke Dominanz im südchinesischen Meer aus, wodurch auch unsere „westlichen“ Partner Südkorea und Japan sich in ihrer geopolitischen Lage bedroht fühlen.

Bei ebenjenen Diskussionen kommen immer wieder Thesen auf, dass man mit beiden Staaten entweder Beziehungen politischer und wirtschaftlicher Art intensivieren oder eben verringern sollte. An diesem Punkt muss man sich trotz vieler Ähnlichkeiten beider Länder einen jeweiligen eigenständigen Umgang mit beiden Staaten zurechtlegen.

Russlands Außenpolitik hat gegenüber Europa und der USA eher aggressive Tendenzen. Es wirkt beinahe so, als würde Russland gar keine Annäherung an seine westlichen Nachbarn anstreben, zumindest nicht im konfliktfreien Kontext. Den Ursprung für dieses Verhalten begründen Viele immer wieder gerne mit der sogenannten NATO-Osterweiterung, also dem Beitritt vieler osteuropäischer ehemaliger Mitgliedstaaten und Satellitenstaaten der UdSSR, wie zum Beispiel Polen, die baltischen Staaten oder Ungarn. Die NATO ist faktisch betrachtet geographisch dichter an die Grenze Russlands herangetreten, das ist unbestreitbar. Was dabei viele als Hintergrund vergessen und was auch gerne von russischer Seite ausgelassen wird, wenn ebenjenes Dilemma angesprochen wird, ist der Fakt, dass Russland an sämtlichen Verhandlungen beteiligt gewesen ist, in der die jeweiligen Beitritte verhandelt wurden. Darüber hinaus ist dieser Vorgang entgegen des viel zu gut (auch im linken/progressiven Lager) durchgesetzten und verbreiteten Mythos', die NATO hätte sich entsprechend gegenüber Russland vergrößert um weiter Druck auszuüben oder eben die Macht des Westens in Osteuropa zu manifestieren, nicht durch machtpolitisches Interesse zu begründen. Die ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes wollten von selbst nach dem Fall des Eisernen Vorhangs dem westlichen Sicherheitsbündnis beitreten, unter anderem aus der historisch bedingten Angst gegenüber Russland.

In Zusammenhang dieser Debatten wird gerne vorgeschlagen, Russland in internationale Partnerschaften einzubinden, sei es die EU, NATO oder eben ein neues Bündnis. Auch eine Rückkehr in die G7 bzw. dann wieder G8 wird damit einhergehend genannt. Dieser Debatte sollte man sich definitiv auch nicht verschließen und wäre entsprechend der internationalen Völkerverständigung sinnvoll und erstrebenswert. Allerdings muss diese Debatte und ein solcher eines Tages mal möglicher Beitritt an rechtsstaatliche Bedingungen und viel Entgegenkommen seitens Russlands geknüpft werden. Ein guter Anfang für Russland wäre dort in der Außen-, Sicherheits- und Gesellschaftspolitik zu suchen. Die Forderung einer bedingungslosen Annäherung an Russland aus dem u.a. auch linken/progressiven Lager, wie sie immer wieder auch ebendort gefordert wird, ist auf Grundlage der aktuellen Lage schwer nachzuvollziehen und entsprechend falsch. Als progressive Kraft muss man an diesem Punkt entschieden standhaft bleiben.

»Russlands Außenpolitik hat gegenüber Europa und der USA eher aggressive Tendenzen.«

Die Volksrepublik China wird zweifelsohne wie bereits geschildert eine führende Weltmacht werden. Eine Weltmacht ist das Land mit der weltweit größten Bevölkerung, der größten Armee, einer gigantischen Landmasse und mit dem Besitz von Nuklearwaffen zweifelsohne bereits. Die rasante Entwicklung, die das Land in den ersten zwanzig Jahren des 21. Jahrhunderts zu verzeichnen hat, ist bewundernswert. Damit einhergehend ist ebenso die turbulente infrastrukturelle Entwicklung des Landes atemberaubend. Innerhalb von nur knapp vier Jahren hat China zum Beispiel bei Peking den größten Flughafen der Welt gebaut – etwas wovon man in Berlin mit der Langzeitbaustelle BER nur träumen könnte. Und tatsächlich sehen auch viele Unternehmen, Think Tanks und Akteure in China in dieser und einigen anderen Hinsichten eine Art Vorbildfunktion. Viele Menschen weltweit aber auch in den westlichen Staaten sowie in den USA sehen teilweise neidisch auf diese schnelle Art der Entwicklung, die ja durchaus auch erstrebenswert und inspirierend wirkt. Hinter den Facetten darf man aber auch bei diesem Staat nicht vergessen, dass auch China innenpolitisch autokratisch über die Bevölkerung regiert. Die Megabauwerke wie Flughäfen, Wolkenkratzer in den Millionenstädten Chinas sowie tausende Kilometer an Autobahnen, Schienen und noch zahlreiche weitere Infrastrukturprojekte werden unter unmenschlichen und schweren Umständen für die jeweiligen Arbeiter*innen errichtet. Die menschenrechtliche Lage in China ist für große Teile der Bevölkerung aus einer progressiven und humanen Sichtweise, wie sie sich zum Großteil in Europa durch eine jahrhundertlange Geschichte aus Kriegen und Konflikten herauskristallisiert hat, inakzeptabel.

China wird zukünftig an Macht und internationalem Einfluss hinzugewinnen – damit einhergehend wird dieses aufstrebende Land auch weltweit immer mehr Sympathie und in gewisser Hinsicht auch für viele eine Vorbild- bzw. Idealfunktion eines Staates darstellen, wie er in Hinsicht mancher Meinungen zu funktionieren habe. Die Führungslosigkeit in westlichen Staaten, die fehlende Verbindung von Bürger*innen mit ihrem jeweiligen Staat oder wenigstens der Demokratie an sich wird in dieser Hinsicht mit der steigenden Bewunderung für China einhergehen. Dadurch ergibt sich an dieser Stelle ein weiterer Grund, sich als progressive Kraft im 21. Jahrhundert der abstrakten und schwierigen Frage nach politischer Führung zu stellen. Auch in China, werden sich mit der steigenden Bevölkerungszahl immer mehr Menschen auch in gewisser Weise eine Art der Führungsfrage stellen. Kritik an am Krisenmanagement der chinesischen Regierung wird mit fragwürdigen Methoden unterdrückt. Im Endeffekt wird sich am zukünftigen historischen Verlauf und in der bevorstehenden gesellschaftlichen Entwicklung Chinas auch die Zukunftsfähigkeit autokratischer Systeme

»Die Megabauwerke wie Flughäfen, Wolkenkratzer in den Millionenstädten Chinas sowie tausende Kilometer an Autobahnen, Schienen und noch zahlreiche weitere Infrastrukturprojekte werden unter unmenschlichen und schweren Umständen für die jeweiligen Arbeiter*innen errichtet.«

» Lasst uns als progressive Kraft hieran arbeiten. «

messen und bewerten lassen. Wenn China in seiner jetzigen Form der Art von Regierung und Staatssystem in einer globalisierten Welt nicht fortbestehen kann, würde das auch vielen Menschen die Bestätigung nehmen, wie sie weltweit Menschen über das vermeintliche Funktionieren des autokratischen Chinas haben. Dennoch ist China gegenüber europäischer Staaten im Gegensatz zu Russland weitaus offener gestimmt. Die Verflechtungen von Industrie und Wirtschaft zwischen diesen Staaten, die im Vergleich mit Russland weitaus schwächer sind, tragen zu diesem Umstand bei. Zum Ende muss man erneut festhalten, dass die Bedeutung politischer Führung auf Basis demokratischer und freiheitlicher Prinzipien für das Funktionieren unserer jetzigen und für die zukünftigen Gesellschaften von großer Bedeutung sein wird. So abstrakt sie auch wirken mag: Die Macht bzw. Führung ist auf ebenjener Basis nichts verwerfliches, nichts elitäres und nichts weltfremdes. Es ist nicht mehr oder weniger das seit vielen Jahren bewährte Prinzip westlicher Demokratien. Es ist nicht mehr oder weniger ein Handlungsprinzip das auch zukünftig internationale Sicherheit gewährleisten und Multilateralismus fördern kann. Der Westen ist wie hier, wie auf der MSC und auch anderswo bereits eingeordnet keine geographisch festgelegte Gruppe – Es ist viel mehr eine Repräsentation für genau diese Werte, die sich in unseren Demokratien widerspiegeln.

Um es abschließend mit den Worten des amerikanischen Journalisten Prentice Mulford aus dem 19. Jahrhundert festzuhalten, die an Aktualität nichts verloren haben: „Wer sich fürchtet, Verantwortung zu übernehmen, wird immer mehr der Willkür anderer preisgeben, und muß zusehen, wie der größere Gewinn aus seinen Fähigkeiten Fremden zufließt.“

Rechtsradikalismus.

Die >>Neue Rechte<<
und die Radikalität
in staatlichen
Institutionen

von Jan-Felix Hühns

ÜBER DEN AUTOREN



Jan-Felix(*2002) ist seit 2020 kooptiert im Bezirksvorstand der Jusos Nord-Niedersachsen. Seine Themenbereiche sind u.a. der Antifaschismus und die Sicherheitspolitik, Themen, die sich auch im Artikel widerspiegeln.

Nebenbei geht Jan-Felix noch zur Schule und beginnt ab August eine Ausbildung als Verwaltungsfachangestellter.

„Der Rechtsextremismus ist wieder da!“, doch er war nie weg. Lange dachte man, rechtes Gedankengut wäre ein Randphänomen. Doch die „Mitte-Studien“, der NSU und die rechten Anschläge auf Walter Lübcke und in Hanau zeigen, wie sehr extrem rechtes Gedankengut in der Mitte der Gesellschaft verwurzelt ist und wie schnell sich Täter*innen radikalisierten können. Oftmals werfen die Vorkommnisse kein gutes Licht auf die Sicherheitsbehörden des Landes, zu oft scheinen sie zu schlafen und auf dem rechten Auge blind zu sein.

Heute ist klar, die „Neue Rechte“ bedroht unsere Demokratie, und die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Aber was ist überhaupt die „Neue Rechte“?

Die Neue Rechte ist keine Partei, oder Organisation. Es ist eine Ideologie, die sich über Teile der Partei-Landschaften zieht, wie z.B. in der AFD, oder in politischen Strömungen wie z.B. die Rechtsnationale „Pegida-Bewegung“. Die Neue Rechte hat nicht etwa wie die „Alt-Nazis“ das Ziel eines neuen Nationalsozialismus, sondern sie verfolgen das Ziel des völkischen Nationalismus. Sie sind antidemokratisch und statt allzu offenem Rassismus sprechen sie von „Ethnopluralismus“ (dieser propagiert eine kulturelle „Reinhaltung“ von Staaten und Gesellschaften nach „Ethnien“). Sie verachten die Prinzipien der Aufklärung und die Gleichheit aller Menschen. Der Verfassungsschutz unterscheidet zwei Hauptströmungen der Neuen Rechten: Einmal „Jungkonservative“ und „Nationalrevolutionäre“.

Doch die „Mitte-Studien“, der NSU und die rechten Anschläge auf Walter Lübcke und in Hanau zeigen, wie sehr extrem rechtes Gedankengut in der Mitte der Gesellschaft verwurzelt ist und wie schnell sich Täter*innen radikalisierten können.

Die Jungkonservativen sind auf das klassisch konservative Lager zu beurteilen. Als Vorbild sehen Sie das Vorbild der „Konservativen Revolution“. Sie können nicht pauschal als rechtsradikal betrachtet werden, denn auch manche Mitglieder demokratischer Parteien stehen dieser Strömung nahe, zum Beispiel Menschen aus der „Jungen Union“. Historisch gesehen, ist die „Konservative Revolution“ in 1920er Jahren von der NSDAP und Goebbels propagiert worden und wir heute noch von Akteur*innen der Neuen Rechten zur Verschleierung ihrer antidemokratischen Ziele als Begriff propagiert. Man sollte mit der „Konservativen Revolution“ als Denkströmung der Neuen Rechten höchst kritisch umgehen.

Die Nationalrevolutionären versuchen sich unter anderem bei den Originär Linken Einfluss zu verschaffen, mit antiimperialistischen und antikapitalistischen Ideen. Der Flügel weist Verbindungen zu rechtsradikalen Gruppen auf, wie z.B. der NPD, oder vor allem deren Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“. Laut manchen Wissenschaftler*innen, lässt sich der Flügel zum Teil der „alten Rechten“ zuordnen, da sie offen nationalsozialistische Agitationen aufweisen.

Die wohl bekannteste Gruppierung ist die „Identitäre Bewegung“. Ihr Ziel ist es, Europa wieder eine Identität zu geben, ohne Islam und mit völkischem Denken. Am meisten Einfluss hat die Bewegung in Österreich. In Deutschland wurde die „IB“ 2014 gegründet. Laut mehreren Journalist*innen wurde die Bewegung in Deutschland ins Leben gerufen, Ihre Wurzeln hat sie in der „Sarazzin-Bewegung“. Die Gruppierung formte sich nach den Veröffentlichungen von Thilo Sarazzin und seiner Schrift „Deutschland schafft sich ab“. In Deutschland gingen 2018, 114 Straftaten auf das Konto der Identitären Bewegung. Die Bewegung wird laut Verfassungsschutz seit 2019 als „stark rechtsextrem“ eingestuft.

Als nächstes komme ich zu rechten Tendenzen in staatlichen Institutionen. Jede Person kennt die Berichte über Rechte Netzwerke in der Polizei und bei der Bundeswehr oder hoch problematische Aussagen des ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen.

Laut „Süddeutscher Zeitung“ sind 550 Bundeswehrsoldat*innen wegen rechtsradikalen Tendenzen auf der Beobachtungsliste des Militärischen Abschirmdienstes. Die Dunkelziffer in den Reihen der Bundeswehr mag deutlich höher liegen. Immer wieder liest man von frauenfeindlichen und rassistischen Übergriffen der Bundeswehr.

Bei der Polizei zeigt sich das gleiche Bild. Laut dem Portal „deutschlandfunk“, gibt es in der Polizei sogar Erkenntnisse über rechtsextreme Netzwerke. Der Spruch „Die Polizei ist auf dem rechten Auge blind“, sollte uns allen bekannt sein. So hat die Polizei zusammen mit dem Verfassungsschutz mal wieder geschlafen, als in Deutschland der „NSU“ mordend durchs Land zog. Und auch auf Demonstrationen hat man immer wieder das Bild einer Polizei, die sich vor allem gegen Linke verbal und körperlich positioniert, rechte Demos dagegen geradezu mit Samthandschuhen anfasst. Wenn die Polizei wieder Vertrauen in der demokratischen Zivilgesellschaft aufbauen will, muss sie sich auch dementsprechend verhalten. Darum finde ich persönlich, dass es Zeit ist, für eine unabhängige Kontrollbehörde für die Polizei, die rechtsradikale Tendenzen und Polizeigewalt aufklärt.

Darum finde ich persönlich, dass es Zeit ist, für eine unabhängige Kontrollbehörde für die Polizei, die rechtsradikale Tendenzen und Polizeigewalt aufklärt.

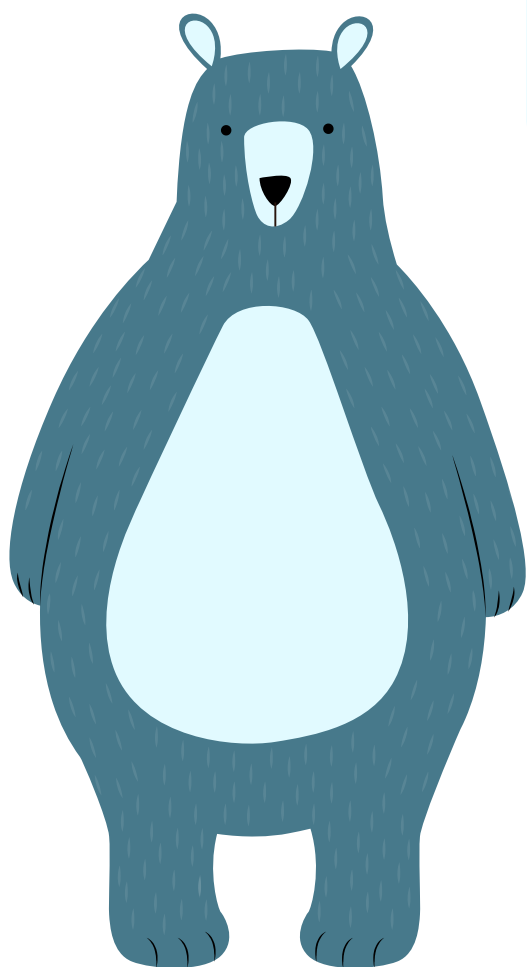
Quellen:

- Wette, Wolfram (2020); Mental im Kriegszustand. In: Süddeutsche.de, 2/2020: https://www.sueddeutsche.de/cdn.ampproject.org/v/s/www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehr-rechtsextremismus-14747400?amp_js_v=a3&_gsa=l&usqp=mq33IAQFKAGwASA%3D#aoh=I5908390890889&referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com&_tf=Von%20%25%24s&share=https%3A%2F%2Fwww.sueddeutsche.de%2Fpolitik%2Fbundeswehr-rechtsextremismus-14747400 (Zugriff: 30.05.2020 10:30 Uhr)
- (2) Schimmek, Tom (2019); Zu viele Einzelfälle, in: deutschlandfunk.de, 12/2019 https://www.deutschlandfunk.de/rechtsextremismus-bei-der-polizei-zu-viele-einzelfaelle.724.de.html?dramarticle_id=466389 (Zugriff: 30.05.2020 10:30 Uhr)
- (3) Diehl, Jörg; Die Polizei und der Rechts-Streit, in: Spiegel.de, 10/2019 https://www.spiegel.de/cdn.ampproject.org/v/s/www.spiegel.de/panorama/justiz/rechtsextremismus-in-deutschland-wie-rechts-ist-die-polizei-a-1290326-amphtml?amp_js_v=a3&_gsa=l&usqp=mq33IAQFKAGwASA%3D#aoh=I5908392519888&referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com&_tf=Von%20%25%24s&share=https%3A%2F%2Fwww.spiegel.de%2Fpanorama%2Fjustiz%2Frechtsextremismus-in-deutschland-wie-rechts-ist-die-polizei-a-1290326.html (Zugriff: 30.05.2020 10:30 Uhr)
- (4) WIKIPEDIA; Neue Rechte, in: Wikipedia https://de.wikipedia.org/wiki/Neue_Rechte (Zugriff: 30.05. 10:30 Uhr)

Erklär mir mal...

Was ist eigentlich die "BDK"?

*Der Erklärbär
Nonie erklärt's*



Die BDK ist die Bezirksdelegiertenkonferenz. In unserem Bezirk findet sie jährlich statt. Dort wählen wir einen Vorstand, beschließen Anträge, nominieren Leute für andere Vorstände oder Ämter und dort beschließen wir, was der neu gewählte Vorstand so in seinem Vorstandsjahr bearbeiten soll (= Arbeitsprogramm). Wir tagen reihenweise in allen Unterbezirken bzw. Kreisvereinen – in diesem Jahr wäre der Kreisverein Osterholz Ausrichter der BDK. Unsere Konferenz findet meistens an einem Samstag von etwa zehn Uhr bis circa 17 Uhr statt. Vor der BDK werden in den Unterbezirken und Kreisvereinen, meistens im Rahmen von deren Unterbezirkskonferenz/ Jahreshauptversammlung, gewählt. Die Delegiertenanzahl wird jährlich berechnet und leitet sich aus der Anzahl der Mitglieder her, daher schwankt die Delegiertenanzahl mitunter zwischen fünf bis acht Delegierten. Auch die meisten der Anträge, die bei der BDK debattiert und beschlossen werden, kommen von den Konferenzen der UBs/ KVs. Wird ein Antrag beschlossen, so stellt die darin enthaltene Position z.B. zu Fracking oder einem höheren Mindestlohn fortan die Position des Bezirkes wieder.

PODCAST EMPFEHL UNG



von Lasse Rebbin

Sicherheitspolitik ist ein Thema, das für viele hitzig geführte Diskussionen bei den Jusos sorgt. Ihr habt davon noch nicht genug? Dann kann ich euch herzlichst „Sicherheitshalber“ – den deutschsprachigen Podcast über Sicherheitspolitik empfehlen. In dem Podcast behandeln Thomas Wiegold (schreibt den Blog „Augen geradeaus!“), Ulrike Franke vom European Council on Foreign Relations und Carlo Masala, sowie Frank Sauer von der Universität der Bundeswehr in München aktuelle Fragen der Sicherheitspolitik und bieten verschiedene Perspektiven auf die behandelten Themen. Der Podcast eignet sich hervorragend, um über aktuelle Debatten der Sicherheitspolitik weltweit bestens informiert zu sein. Sicherlich sehen wir als Jungsozialist*innen einige Themen anders und können viel an den inhaltlichen Positionierungen der vier Diskutant*innen aussetzen. Genau das ist aber das Spannende an „Sicherheitshalber“! Also: Hört rein und diskutiert!

Bewertung:

Thematik	♥♥♥♥♥
Abwechslung	♥♥♥♡♡
Aktualität	♥♥♥♥♥



Frühlingspasta

von Stephanie Havemann

Den Spargel in mundgerechte Stücke schneiden und 4 Minuten in kochendem Wasser blanchieren, rausnehmen und zur Seite stellen. Im gleichen Wasser können auch die Nudeln gekocht werden, das spart Wasser und Strom. Dann natürlich das Wasser salzen.

Die Knoblauchzehe auspressen und mit etwas Olivenöl in einer Pfanne erhitzen. Sobald das Öl heiß ist, die Garnelen dazugeben und rosa braten, dann die Petersilie und das Basilikum dazugeben.

Wenn die Nudeln fertig sind, eine Tasse vom Kochwasser abnehmen, danach die Nudeln abgießen. Das Eigelb mit dem Parmesan verquirlen, salzen und pfeffern. Die Nudeln zurück in den Topf geben und kurz schwenken, die Garnelen und den Spargel sofort dazu und alles gut verteilen.

Danach das Eiergemisch und einen kleinen Schluck Nudelwasser dazugeben. Die Soße sollte sämig sein, unbedingt darauf achten, dass das Ei nicht gerinnt! Sofort anrichten und mit ein paar gehobelten Parmesanspänen dekorieren.

Kochzeit: ca. 25 min.

Vorbereitungszeit: 10 min.

Variante: außerhalb der Spargelsaison kann man auch anderes Gemüse nehmen, dann variiert ggf. die Zubereitungszeit. Klappt natürlich auch als vegetarische Variante gut ohne Garnelen.

Für 2 Portionen:

250g Spaghetti

250g Garnelen (TK oder frisch)

200g frischer grüner Spargel

75g Parmesan

1 Knoblauchzehe

Olivenöl

Salz und Pfeffer

2 Eigelb

Etwas Basilikum

Etwas Petersilie

Etwas gehobelten Parmesan zum Garnieren



TERMINE

Webinare

7. Juni 2020	<u>Frauen in der Politik. Gestern und Heute</u>	
21. Juni 2020	<u>Erinnerungskultur</u>	Gedenkstätte Berg-Belsen (angefragt)
5. Juli 2020	<u>Sozialismus</u>	Jan Dieren (Stellv. Juso-Bundesvorsitzender)
19. Juli 2020	<u>Netzpolitik</u>	NN (angefragt)
2. August 2020	<u>Sportpolitik</u>	NN (angefragt)
16. August 2020	<u>Fight back the rollback</u>	NN (angefragt)
30. August 2020	<u>Mobilität der Zukunft</u>	
27. September 2020	<u>Wahlkampf im 21. Jahrhundert</u>	NN (angefragt)

Präsenzseminare

17.-18. Oktober 2020	<u>Politik im ländlichen Raum</u>
6. Dezember 2020	<u>(Thema folgt)</u>
20. Dezember 2020	<u>Der moderne Antisemitismus</u>

IMPRESSUM

Redaktion

Lasse Rebbin
Laura Baumgarten

Lektor*innen

Tom Melzow
Belana Schwarz
Lasse Rebbin

Umsetzung Design

Laura Baumgarten

Verfasser*innen

Larissa Freudenberger (Gast)
Leon Billerbeck (Gast)
Ferike Thom (Gast)
Nina Wüstemann (Gast)
Lasse Rebbin
Jan-Felix Hölling
Laura Baumgarten
Jonas Pagels

Jungsozialist*in

Jahrgang 3 - 2020
Ausgabe Juni 2020

Herausgeber*innen

Jusos in der SPD
Bezirk Nord-Niedersachsen
Archivstraße 1
21682 Stade

Hinweise:

Die Texte und Fotos wurden mit viel Liebe und Arbeit geschrieben und gemacht. Bitte veröffentlicht davon nichts ungefragt anderswo im Internet.

Kritik, Anregungen und Themenwünsche gerne an: [jusosnn\(at\)gmail.com](mailto:jusosnn(at)gmail.com), unsere fb- oder Instagram-Seite!

Alle verwendeten Bilder, so nicht anders gekennzeichnet stammen von den Autor*innen selbst.



@jusosnn



/jusosnn



info@jusosnn.de



NoNie FM – Der Klönschnackpodcast



jusosnn.de